Nr. 15 — Halle a. S., Mittwoch den 18. Januar 1905. — 16. Jahrg.

Erscheint täglich nachmitt. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumer. frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Postgeld.
„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bestellbar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 30 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Vereins-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Expedition: Geiststr. 21. Hof 2 Tr. — Redaktion: Geiststr. 21. Hof 2 Tr.

Schließt die Reihen!

Die vier Männer wollen den Krieg und werden ihn haben! Die höfliche, allzu bescheidene Anfrage der Arbeitervertreter haben sie überhaupt nicht beantwortet; von den maßvollen Forderungen der Arbeiter scheint ihnen keine erwägenswert. Aber der preußischen Staatsregierung — so weit läßt sich die Tyssenkompagnie einstweilen noch herab — haben sie eröffnet, daß sie die Arbeitervertreter als solche überhaupt nicht anerkennen und sich in keinerlei Verhandlungen einlassen wollten. Sie wollen aber der Regierung gnädigst gestatten, eine Untersuchung über die bergbaulichen Zustände des Ruhrreviers zu unternehmen, in der angenehmen Erwartung, daß eine Krähe der anderen kein Auge aushacken würde. Der preußische Handelsminister Herr Möller hat bei der Eröffnung der Montagssitzung des Abgeordnetenhauses diesen Sachverhalt zur Kenntnis gebracht, und dieses Haus der Junker und Bourgeois ließ es sich nicht nehmen, vor dem Ausbruch eines denkwürdigen Klassenkampfes seinen Klassencharakter unverbrüchlich zu dokumentieren. Die Mitteilung, daß der heldenhafte Kampf, den die Vertreter der Arbeiter wochen- und monatelang um die Erhaltung des Friedens geführt hatten, jetzt durch das selbstherrliche Auftreten der Bergzäsaren im Sinne des Krieges entschieden sei, entfesselte lauten Beifall. Das preußische Abgeordnetenhaus hat den Herren des Ruhrreviers seine untertänige Huldigung zu Füßen gelegt.

Von solchem widerlichen Schauspiel wendet sich heute der Blick des internationalen Proletariats zuversichtlich trotz aller Sorgen dem düstern Schauplatz zu, auf dem sich nun ein sozialer Massenkrieg von nie gesehener Größe entfalten soll. Denn, daß es kein Zurück gibt — wer zweifelt daran? Der Generalstreik im Ruhrrevier war angesichts der unerhörten Zustände, die dort herrschen, jeden Augenblick berechtigt.

Die Vertreter der Arbeiter haben allen ihren Einfluß aufgeboten, um die Sturmflut einstweilen zurückzudämmen, und haben ausgeharrt auf ihrem Posten auf die Gefahr, selbst weggespült zu werden. Jetzt aber haben die Kohlenherren selbst den Massenausstand notwendig gemacht; sie, nicht die als Hetzer verschrienen Gewerkschaftsführer und Sozialdemokraten haben die Arbeiter in den Krieg hineingetrieben. Der Generalstreik der Ruhrleute ist kein Problem mehr, über das gestritten werden kann, sondern eine notwendige unausbleibliche Tatsache, mit der man rechnen muß.

Ja, es ist eine Tatsache: Hunderttausende von Kameraden stehen in einem Streik, in den sie die Willkür, der Hochmut, die gewollte bewußte Schuld der Unternehmer hineingetrieben hat. Und jetzt gilt es, daß **das Proletariat der ganzen Welt den Kampf gegen die vier Männer im Ruhrrevier aufnimmt** und zu ehrenvollem Ende führt. Jetzt gilt es zu zeigen, daß kein Mann, keine Organisation, keine Gruppe, kein Volk in der Welt allein steht, sobald es in den Klassenkampf eintritt, den es niemals allein auf eigene Gefahr, niemals allein zum eigenen Vorteil führt.

Ueber die Gefahren einer Niederlage ist genug geredet worden. Es ist mancher Streik, der mit besten Hoffnungen eingeleitet wurde, kläglich gescheitert; wiederum hat mancher, der unter schweren Sorgen unternommen wurde, später mittelbar oder unmittelbar zu ungeahnten Erfolgen geführt.

Schließlich und endlich: der kennt das Wesen des proletarischen Klassenkampfes nicht, der die Wunden fürchtet! Der ganze Kampf des Proletariats ist bisher fast nichts anderes als eine Reihe von Niederlagen gewesen: auf der Straße, im Parlament, in der Werkstatt hat die rohe Gewalt der herrschenden Klassen tausendmal den proletarischen Befreiungsgedanken besiegt. Für den Kurzsichtigen, der den augenblicklichen Tageserfolg anbetet, gibt es gar keine glorreichere Geschichte als die der Bourgeoisie in ihrem Kampfe gegen die Arbeiterklasse.

Aber — was das Geheimnis der proletarischen Taktik ist — aus Niederlagen geht das Proletariat nicht geschwächt sondern gestärkt hervor. Während sich die herrschenden Klassen zu Tode „siegen", „unterliegen" wir zu ewig sich neu gebärendem kraftvolleren Leben! Ein fahnenflüchtiger Journalist, der jetzt im Solde des Großkapitals und der Regierung steht, hat jüngst aus seiner Phantasie heraus die „geheime Intrigue" der sozialdemokratischen Führer aufgedeckt, die scheinbar zum Frieden rieten, heimlich aber sich über die Entwickelung der Dinge im Ruhrrevier ins Fäustchen lachten. Die Geschichte war erlogen, aber sie war nicht schlecht erfunden für einen gehässigen Gegner der Arbeiterbewegung, der mit tiefer Besorgnis in einer augenscheinlich bevorstehenden „Niederlage" der Arbeiter das Sprungbrett zu einem neuen gewaltigen Aufschwung der ganzen Bewegung erblickt.

Der Kampf ist im wahrsten und engsten Sinne des Wortes das wahre Lebenselement der Arbeiterklasse, weil es für sie ohne diesen Kampf innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ein lebenswertes Leben überhaupt nicht gibt. Und so gut auch die Herren im Kontor zu rechnen verstehen, so rechnen sie doch schlecht, wenn sie glauben, daß der Vorteil dieses von ihnen freventlich heraufbeschworenen Kampfes und aller ferneren Kämpfe auf ihrer Seite zu finden sein werde.

Die Arbeiterschaft der Welt, allen voran die Arbeiterschaft Deutschlands, **wird es sich nicht nehmen lassen,** diesen Kampf mitzukämpfen. Sie wird aufs neue jenen Geist der Solidarität, der brüderlich aufopfernden Hilfsbereitschaft beweisen, der selbst ihre Feinde zu atemloser Bewunderung zwingt, und der allein die Gewähr ihres künftigen endgiltigen Sieges ist.

Die Kameraden im Ruhrrevier bitten um keine milden Gaben. Sie fordern von den Arbeitern, was zu fordern ihr Recht ist, und was in umgekehrtem Falle zu gewähren sie als ihre eigene Pflicht anerkennen würden. Der Kampf hat begonnen, er muß durchgefochten werden, und **wir alle kämpfen mit!**

Was immer das Ende sei — es ist keine Zeit danach zu fragen — so liegt es in der Hand der Arbeiter, den Massenstreik im Ruhrrevier zu einem der ruhmvollsten Kapitel ihrer Geschichte zu gestalten. Das Blatt liegt offen und will beschrieben sein!

* * *

Ueber die Vorgänge am Montag liegen folgende Nachrichten vor:

Essen, 16. Januar. Der Vorstand des Vereins für Bergbauliche Interessen hat auf die Forderungen der Ausständigen an den Beauftragten des christlichen Gewerkvereins folgende Antwort erteilt:

Herrn Johann Effert in Altenessen!

In Erwiderung Ihrer Zuschrift vom 13. d. M. teilen wir Ihnen den in unserer heutigen Vorstandssitzung einstimmig gefaßten Beschluß mit. Wir bedauern aufs tiefste, daß ein großer Teil der Belegschaften sich dazu hat hinreißen lassen, unter rechtswidrigem Bruch der Arbeitsverträge in den Ausstand zu treten und zwar in den allermeisten Fällen, ohne zu wissen, was man wollte, und unter erst nachträglicher Aufstellung zusammengesuchter Forderungen. **Wir weisen die Behauptung aufs entschiedenste zurück, daß zu solchem Vorgehen irgend welche Unregelmäßigkeiten oder allgemeine Umstände Veranlassung gegeben hätten.** Wir betonen auch, daß Veränderungen auf Grund der Bestimmungen der Arbeitsordnung nur Sache der einzelnen Zechenverwaltungen und der einzelnen Arbeiter sind.

Unseren Mitgliedern werden wir niemals empfehlen, auf diejenigen grundsätzlichen Aenderungen des Arbeitsvertrages, welche in Ihrer Zuschrift aufgestellt sind, einzugehen, da sie den Ruin des rheinisch-westfälischen Bergbaues und der für diesen nötigen Disziplin bedeuten würden. Wir müssen daher die uns angetragene Vermittelung ablehnen und vertrauen dem gesunden Sinn, dem Kern der Belegschaft, daß sie sich nicht in Not und Elend stürzen wird.

Essen, 16. Jan. Die heute nachmittag hier abgehaltene Delegiertenversammlung der Bergarbeiter erklärte, nachdem der ablehnende Bescheid des Bergbaulichen Vereins auf die Forderungen der Arbeiter vorgelesen worden war, den Generalstreik sofort zu beginnen.

Köln, 17. Jan. Die Bergarbeiter-Delegierten beschlossen beim Generalstreik folgende Zechen auszunehmen: Altendorf, Bommern, Baenker-Tiefbau, Luise-Tiefbau und Julius Philipp.

Essen, 17. Jan. Die streikenden Bergarbeiter wollen eine freiwillige Schutzmannschaft zur Verhinderung von Ausschreitungen organisieren.

Dortmund, 17. Jan. Das Eisen- und Stahlwerk Hösch hat gestern den Betrieb der Hüttenwerke eingestellt. 3000 Arbeiter feiern.

Essen, 17. Jan. Infolge des Bergarbeiter-Streiks legen die Werke der Eisenindustrie Menden-Schwerte den Betrieb bis auf weiteres still.

Teplitz, 17. Jan. Im nordböhmischen Kohlenrevier macht sich eine Streikbewegung der Kohlenarbeiter bemerkbar. Alle größeren Etablissements treffen Vorbereitungen, um auf alle Eventualitäten gefaßt zu sein.

Dortmund, 17. Januar. Das Oberbergamt telegraphierte an den Verbands-Vorsitzenden Sachse:

Arbeiter-Deputierte werden ersucht, Dienstag nachmittag 4 Uhr Vertreter nach dem Oberbergamt zu senden zur Darlegung der Beschwerden vor der Ministerialkommission.

Essen. Der Generalstreik der Bergarbeiter proklamiert! Infolge ablehnender Haltung des Bergbaulichen Vereins gegenüber den Forderungen der Bergarbeiter hat die Kommission, welche in Essen tagte, **den Generalstreik proklamiert.**

Das Bochumer Volksblatt schreibt: **Sicherem Vernehmen nach wird eine große Abteilung des 39. Infanterie-Regiments in Bochum einrücken. Wir richten an das Publikum, speziell die Bergleute, dringend die Mahnung, sich auf keinerlei Art provozieren zu lassen und der Einrückung des Militärs mit größter Ruhe entgegenzusehen.**

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 17. Januar 1905

Der Reichstag

beendete am Montag die zweite Lesung des Reichsjustizetats. Die ermüdende Breitschweifigkeit der Verhandlungen zeitigte ein Moment von Bedeutung: es wurde aufs neue festgenagelt, daß sich die Freisinnige Volkspartei in kleinem derieben Verräterei schuldig macht, die die dissentierenden Radikalen Frankreichs, die Doumer, Lochroy usw. in den letzten Jahren im großen betrieben haben. Wann immer die Parteien der Linken sich in gemeinsamer Kampffront gegen die Reaktion befinden, stets unterbricht die Gruppe Richter-Müller-Kopsch den Kampf durch heimtückische Angriffe auf die augenblicklichen Verbündeten. Die Block-Politik, die in Frankreich durch den Verrat eines Teiles der Radikalen zu scheitern droht, sie wird in Deutschland durch den speziellen Richter-Anhang schon von vornherein unmöglich gemacht. Und wenn man früher geneigt war, von Herrn Lenzmann anderes zu erwarten, so haben die Ereignisse der letzten Tage bewiesen, daß er seiner Fraktion nur allzu würdig ist. Unseres Genossen Ledebour Verdienst ist es, das Brandmal des Verrats an den gemeinsamen Interessen der Linken aufs neue den freisinnigen Judas-Stirnen eingebrannt zu haben. — Der äußere Verlauf der Sitzung war folgender: der Pole Krzyminski, vom Grafen Ballestrem sanft vor Abschweifungen gemahnt, trug berechtigte Beschwerden über den Kampf vor, den in getreuer Nachahmung des edlen Ritters Don Quichotte von der Mancha die Regierung des gegen Schwache so mutigen Grafen Bülow gegen das „a" am Ende weiblicher Polennamen führt. Herr Kirsch vom Zentrum will den Himmel nicht des Schutzes des § 166 berauben, und Herr Gamp will die irdischen Richter vor Beeinflussung der — Linken schützen. Dr. Müller-Meiningen glaubte dem hinterpommerschen Granden ohne Adelstitel erwidern zu müssen. — Und nun begann die Abrechnung unserer Fraktion mit Herrn Lenzmann. Genosse Stadthagen untersuchte die Berechtigung des freisinnigen Parteiadvokaten für das Amt eines Predigers der Bescheidenheit, und Genosse Ledebour prüfte die noch fadenscheinigere Berechtigung des Herrn Lenzmann, andere Leute zur sorgfältigen Prüfung von Vorgängen aufzufordern. Dieser westfälische Kato hat es fertig gebracht, zu behaupten oder doch anzudeuten, die Weglassung der vierten Person auf dem bekannten Hüssener-Bilde des Vorwärts sei auf Verlangen des Einsenders geschehen — der mit dieser vierten Person identisch gewesen sei — was nicht der Fall ist; und die Weinflaschen hätten auf der Originalphotographie gefehlt — was gleichfalls nicht der Fall ist. An sich unbedeutende Kleinigkeiten; aber Herr Lenzmann hatte es fertig gebracht, an die angeblichen Fälschungen eine vom Zaune gebrochene Philippika gegen die Sozialdemokratie anzuknüpfen und ihr Uebertreibung und der Himmel weiß was sonst noch vorzuwerfen. Und nun ergab sich, daß Herr Lenzmann, der sich selbst als sorgfältiger Prüfer hingestellt, in der leichtfertigsten Weise nicht zutreffende Dinge behauptet hatte!

Herr Lenzmann stammelte ein paar nichtssagende Widerlegungsversuche; außerdem trat er in einen anmutigen Wortwechsel mit den Antisemiten Bruhn und Werner, die ihn durchaus zum Judenfeind stempeln wollten. Staatsbürger Bruhn, ein ausgeprägter Typus des Geschäftsantisemiten, legte übrigens das interessante Geständnis ab, daß er sich von Bückler abgewandt habe, als der Dreschgraf anfing, nach oben anzüglich zu werden. Man kennt ja den widerlichen Byzantinismus der Staatsbürger-Zeitung.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen des Tages nahm der Gotteslästerungs-Paragraph ein, den außer Herrn Kirsch auch die übrigen Zentrumsredner, Spahn und Schmidt-Warburg, unbedingt aufrecht erhalten wollen. Dr. Müller-Meiningen las eine Anzahl saftiger Kostellen über den Protestantismus aus päpstlichen Bullen und katholischen Flugblättern vor. Herr von Kardorff trat nach langem Drehen und Wenden für die Aufrechterhaltung des Paragraphen 166 ein, der Nationalliberale Dr. Hieber will wenigstens die Abänderung. Den Standpunkt unserer Fraktion, wonach der Staat sich absolut nicht um religiöse Dinge zu kümmern hat, vertrat mit gebührender Schärfe Genosse Kunert.

Mit der Annahme der Resolution Müller-Meiningen über das Fremdenrecht und Erzberger betr. Statistik der Gefangenenarbeit schloß die Sitzung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050118-13/fragment/page=0001

Preußischer Landtag.

Im preußischen Abgeordnetenhause stand gestern die Fortsetzung der Etatsberatung unter dem Eindruck der Tatsache, daß der Generalstreik im Ruhrrevier nunmehr unwemeidlich ist. Zu Beginn der Sitzung teilte Handelsminister Möller mit, daß der Bergbauliche Verein Westfalens Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen ablehne, da die Arbeiter kontraktbrüchig seien und die Organisationen nicht die Macht gehabt hätten, ihre Beschlüsse zur Durchführung zu bringen, also auch für die Zukunft keine Garantien bieten könnten. Aber die Regierung werde auf Wunsch eben dieses Vereins eine unparteiische Untersuchung durch Kommissare sofort vornehmen lassen, und verzichtete, um die Verhandlungen nicht zu erschweren, vorläufig auf jedes Urteil.

Jetzt wissen wir, was die Kautschukrede des Grafen Bülow bedeuten sollte. In frevelhaftem Uebermut lehnen die Grubenbarone nicht nur jede Bewilligung irgend welcher Forderungen, die ein Möller zum Teil für berechtigt erklärt hat, ab, sondern weigern sich überhaupt, zu verhandeln. Und die Regierung, ist, die angeblich den Streik schon im Sommer vorausah, aber nicht einen Finger gerührt hat, um ihm zuvor zu kommen, die ihn jetzt aber als nationales Unglück beklagt und fromm zu Gott um sein Ende betet, wagt nicht eine Silbe gegen das Unternehmertum. Gemeinsam mit ihm trägt sie die Verantwortung für alles Kommende. Sie will die Verhandlungen nicht erschweren — welcher Hohn! —, nachdem das Unternehmertum jede Verhandlung schroff abgewiesen hat. Fast so schlimm, wie der Hohn der Bergbeiter selbst, die erst durch jahrelange Verfolgung die Organisationen schwächen, und dann ihr moralisches Recht aus der Schwäche der Organisationen herleiten wollen. Und die famose unparteiische Untersuchung wird wohl wird wohl wieder nach Art der Kartellenquete geführt werden; man darf schon jetzt fragen, wann die Beamten, die sie führen, eine solche Stelle von Unternehmertums Gnaden erhalten werden, die Minister Möller als „feste Auffichtsratsfreunden" bezeichnete. Aber die Regierung drapiert sich gern mit dem Schein der Unparteilichkeit und des sozialpolitischen Verständnisses. — Sofort nach der Erklärung des Handelsministers zog sich Graf Bülow mit seinen sämtlichen Kollegen zurück, um, wie er verbreiten ließ, eine Besprechung über den Bergarbeiter-Ausstand abzuhalten.

Unter der lebhaften Bewegung, die die Nachricht von der Unversöhnlichkeit des Bergbaulichen Vereins hervorrief, ging der Eindruck der folgenden Statreden fast ganz verloren. Man achtete auf das Kommen und Gehen der Minister, und wartete auf weitere Nachrichten aus dem Ruhrrevier, die indessen während der Sitzung nicht eintrafen. Aber die Reaktionäre hatten von dieser Unruhe des Hauses den Vorteil, daß die Kritik an den preußischen Zuständen in den Statreden der beiden freisinnigen Abgg. Wiemer und Brömel fast wirkungslos vorüberging. Doch wurde diese Kritik vielleicht eine daß die Redner es selbst wollen, zur denkbar schärfsten Verurteilung der Politik der herrschenden Klassen Preußens und Deutschlands. An den Ergebnissen der Einkommensteuer läßt sich ein riesiges Anwachsen des preußischen Nationalreichtums beobachten — auch das ist ein Vorteil der direkten Steuern. Aber weder entfällt mehr als ein kaum nennenswerter Bruchteil davon auf die Arbeiter, noch benutzt die Regierung die großen Einnahmen, die sie dadurch gewinnt, zur Unterstützung irgend welcher kulturellen Fortschritte. Hunderte von Millionen werden für die nutzlosesse Polenpolitik vergeudet, 90000 Mark jährlich mehr für Orden ausgegeben. —

Auch der Unterstützungs-Fonds für Pferderennen wird erhöht, und so fort in gleichem Sinne. Dabei ist man eifrig bemüht, die Henne, die die goldenen Eier für Preußen legt, wenn auch nicht zu schlachten, so doch möglichst zu quälen. Agrarische Handelsverträge, ein agrarisches Fleischbeschau-Gesetz, eine unvernünftig hohe Stellung der Eisenbahngüter- und Personentarife, die Verstümmelung und Verzögerung des Kanalprojektes dienen dazu, die Industrie in ihrer natürlichen Entwicklung aufzuhalten. Verfassungsrechtlich gleitet Preußen immer tiefer auf der abschüssigen Bahn zum Absolutismus. Ein Parlament mit dem Wahlrecht von das preußische, das eine Karikatur auf die wahren politischen Anschauungen der Bevölkerung darbietet, kann unmöglich politischen Einfluß haben. So endigt naturgemäß jede Kritik der preußischen Zustände mit der Forderung nach gleichem, geheimen und direkten Wahlrecht, das auch von den beiden freisinnigen Rednern verlangt wurde.

Ein Zwischenspiel zwischen dem polnischen Abgeordneten Jagdzewski und den Ministern Hammerstein und Studt unterbrach die Debatte. Wie sehr er damit recht hatte, daß die gegenwärtig betriebene Polenpolitik gegen Reichsverfassung und Vernunft verstoße, so sehr verriet er seine eigene reaktionäre Gesinnung, indem er mit keinem Wort die polnischen kämpfenden Bergarbeiter im Ruhrrevier erwähnte.

Ueber den Streik verbreitete sich noch ausführlicher der freisinnige Gewerkvereinler Goldschmidt. Mußte er auch die Forderungen der Bergarbeiter nach einem Reichsgewerbegesetz mit den Achtstundentag, nach einer Reform des Knappschaftswesens, einer Abschaffung des Wagennullens, einer Beteiligung an der Grubeninspektion usw. als durchaus berechtigt anerkennen, so konnte er der Regierung auch den Vorwurf nicht erlnaren, daß sie durch eine ungeschickte Verweisung an das Oberbergamt eine verhängnisvolle Verzögerung herbeigeführt habe, und auch sonst sträflich leichtsinnig verfahren sei. In freisinniger Angstmeierei vor dem Generalstreik fand er nicht die nötige Kraft in der Charakterisierung der jetzigen Haltung des Bergbaulichen Vereins und des Staatsministeriums. Das Entscheidende hierüber muß den sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag vorbehalten bleiben.

Die weitere Beratung des Etats wurde auf Dienstag 1 Uhr vertagt.

Immer mehr Orden! Im preußischen Etat werden 90000 Mk. mehr als bisher für Anschaffung und Unterhaltung von Orden verlangt. Bisher betrugen die Ausgaben für Ordensfünfzigmen 130000 M., sie sind also im neuen Etat um 70 Prozent gestiegen. Die Zahl der vortrefflichen und ausgezeichneten Menschen muß in der letzten Zeit in Preußen-Deutschland gewaltig zugenommen haben. Für eine Neuausgabe der Ordenslisse, in der alle dekorierten Leute verzeichnet sind, werden außerdem noch 30600 M. ausgeworfen.

Orden und Denkmäler müssen nach außen vom Glanze preußischer Kultur zeugen. Wie es in Wirklichkeit mit dieser Kultur bestellt ist, weiß das arbeitende Volk in Preußen am besten.

Majestätsbeleidigungs-Prozesse sind die Folge des Weihnachtsbesuches der ehemaligen Kronprinzessin von Sachsen in Dresden. In letzter Zeit sind nämlich die Wochenschriften Dresdener Hausfreund und Dresdener Beobachter beschlagnahmt worden, weil sie in Artikeln resp. Gedichten, die die Besuchs-Episode behandelten, Majestätsbeleidigungen begangen haben sollen.

Der Hannoversche Gotteslästerungs-Prozeß liegt den Orthodoxen schwer im Magen. Sie geben sich alle Mühe, das Konsistorium gegen die beiden Pastoren aufzuhetzen, die zu gunsten unseres Genossen Westmeyer ausgesagt haben. Vor allem ist es der auch von uns mitgeteilte Artikel des Pastors Dörries, der den Zorn der „rechtgläubigen" Diener Christi erregt.

Weh' dem, der sich gegen das Junkertum auflehnt! Der Hauptlehrer Nickel-Trakehnen ist vom Amte suspendiert worden und hat schon zum 1. Februar seine Wohnung zu räumen. Der Mann ist vollständig gebrochen. Seine Frau liegt seit langem krank darnieder — die Familie leidet Not. Für Nickel werden in den Ostprovinzen Sammlungen veranstaltet. Die junkerlich-kulturfeindliche Reaktion in Preußen hat auch dieses Opfer auf dem Gewissen.

Ein Regierungserlaß für das Prügeln. In Neudamm (Prov. Brandenburg) hatte die Schuldeputation die Anweisung gegeben, daß für die oberen Klassen der Mädchenschule das Züchtigungsrecht der Lehrer einzuschränken sei. Der Rektor der Schule beschwerte sich bei der Regierung in Frankfurt a. O., und diese erließ darauf folgende Verfügung:

Bestimmungen über die Ausübung der körperlichen Züchtigung durch die Lehrer gehören nicht in die örtliche Schulordnung. Die von der Schuldeputation vorgeschriebenen Beschränkungen der Züchtigung in den Oberklassen der Mädchenschule sind wieder zurückzunehmen, da es nicht für statthaft erachtet werden kann, daß allgemeine gesetzliche Bestimmungen in gewissem Umfange von einer Ortsschulbehörde aufgehoben werden.

Im Kulturstaat Preußen muß also schon aus bureaukratischen Gründen weitergeprügelt werden.

In ein anderes fideles Gefängnis wird Held Hüffener überführt werden. Aus Koblenz wird gemeldet, daß Hüffener am Donnerstag von Ehrenbreitstein nach Weichselmünde gebracht werde.

Auch dort wird die „Ehrenhaft" für den Totschläger nicht allzu hart ausfallen.

Die neueste Verlustliste aus Südwestafrika meldet: Gefallen: Reiter Fischer und Menning. Verwundet: Unteroffizier Koslowsky, Wachtmeister Timsries, Reiter Hepp. Vermißt: Reiter Bauer.

Heute gehen wieder von Hamburg 1104 Mann und 528 Pferde. Ferner werden am 30. Januar, 15. und 28. Februar noch 45 Offiziere, 21 Beamte und 1001 Mann nach Südwestafrika gesandt werden.

Scherls Nachrichtenmonopol. In der letzten Sitzung der Kolonial-Kommission wurden scharfe Beschwerden darüber erhoben, daß die Scherlpresse in der Lage gewesen sei, früher Nachrichten nicht nur über strategische Bewegungen, sondern auch über die Namen der Gefallenen und Verwundeten zu machen, als die amtliche Berichterstattung. Der Kolonialdirektor suchte sich damit herauszureden, daß er erklärte, wahrscheinlich seien eben Scherl früher direkte private Nachrichten zugegangen, als dem Auswärtigen Amt. Diese Ausrede fällt glatt zu Boden gegenüber der Tatsache, daß der Berliner Lokalanzeiger über die Verluste bei Groß-Nabas 24 Stunden früher Nachricht zu geben vermochte, als die amtliche Stelle. Die Nachrichten aber konnten Scherl nur zugegangen sein durch die Benutzung der Heliographenlinie, die nach dem Telegramm Trothas durch anderweitige wichtige Meldungen derartig in Anspruch genommen war, daß es ihm nicht möglich war, auch noch Mitteilungen über die Verluste unserer Mannschaften zu geben. Die Sache kann sich also nur so zugetragen haben, daß diese so überlastete amtliche Heliographenlinie zwar für den General Trotha keine Mitteilungen über die Mannschaftsverluste übermitteln konnte, wohl aber für Herrn August Scherl! Die Regierung wird also gezwungen werden müssen, auf die konkret zu stellende Frage auch eine konkrete Antwort zu geben, statt sich mit allgemeinen Redensarten um den Kern der Beschwerde herumzudrücken.

Der Aufschwung unserer Kolonien ist wieder einmal garantiert. Dieser Tage ist nämlich ein Salonwagen mit Kücheneinrichtung für den Gouverneur von Ostafrika vollendet worden. An Holzarten sind beim Bau zur Verwendung gekommen: Tak (indische Eiche), Pitch Pine (amerikanische Eiche) und Mahagoni. Der Wagen besteht aus einem Salon, einem Schlafraum und einer Küche mit voller Ausrüstung für zehn Personen. Die Wände des Wagens sind mit Leder gepolstert, während der Fußboden mit Linoleum belegt ist. Die Fenster sind durch Jalousien gegen Sonnenstrahlen geschützt. Der Wagen wird vor seinem Transport, der naturgemäß per Schiff zu erfolgen hat, vollständig auseinandergenommen, die einzelnen Teile werden dann in Kisten verpackt und über Hamburg nach Tanga befördert werden.

Natürlich werden Herstellung und Transport des Wagens an seinen Bestimmungsort nicht billig sein.

Ausland.

Ungarn. Für die bevorstehenden Reichstagswahlen werden im ganzen Lande fieberhafte Vorbereitungen getroffen. Auch unsere Genossen treten, wie bereits mitgeteilt, in einer großen Anzahl von Wahlkreisen mit eigenen Kandidaten auf. Freilich ist das bestehende, äußerst reaktionäre und verzwickte Wahlgesetz unserer Partei sehr ungünstig. Das Wahlrecht wird im allgemeinen von der Zahlung einer Grundsteuer abhängig gemacht; die Höhe derselben ist in verschiedenen Gegenden von einander abweichend. So ist in Siebenbürgen allgemein derjenige Wähler, der 6.99 Fl. geringste Grundsteuer zahlt, während in anderen Bezirken schon eine Steuer von 35,17 und selbst 11 Kreuzer genügt, um wahlberechtigt zu sein; in einigen Bezirken, wie im Stuhl-Weißenburger, im Pester Komitat, werden 29 bis zu 32 Fl. Grundsteuer verlangt. Die Wählerlisten werden jährlich im Monat März ausgelegt und korrigiert. Die Kandidaten müssen durch ein von 10 Wählern unterzeichnetes Schreiben bei dem Wahlkommissar angemeldet werden. Das wichtigste für unsere Parteigenossen ist der Umstand, daß während der Zeit der Wahlbewegung der Uebereifer der Stadt-Hauptleute und Stuhlrichter sehr eingeschränkt wird. Laut Gesetz sind während dieser Zeit nämlich Parteiversammlungen, Parteifeste und Umzüge in Städten beim Bürgermeister, in anderen Städten bei der Gemeindevorstehung einen Tag früher anzumelden, und die Behörde hat diese Anmeldungen einfach nur zur Kenntnis zu nehmen, kann aber ein Verbot derartiger Veranstaltungen nicht aussprechen. Charakteristisch für ungarische Zustände ist es, daß im Wahlgesetz die Traktierung der Wähler mit Essen und Trinken besonders verboten ist; das Verbot ist jedoch in einer Form gegeben, die der Beeinflussung der Wähler den weitesten Spielraum läßt. Ausdrücklich wird den Kandidaten gestattet, die Wähler mittelst Wagens laut den Fuhrtagen dieses Wahlbezirks auf den Wahlplatz zu führen. Unsere Genossen werden die Wahlzeit eifrigst ausnützen, um für die Ideen des Sozialismus Propaganda zu machen, unbekümmert darum, ob ihre Wahlagitation von einem direkten Erfolg begleitet ist oder nicht.

Frankreich. Abermals gerettet. Durch die Abstimmung der französischen Kammer vom Sonnabend ist das Ministerium Combes noch einmal vor dem Sturz bewahrt. Die Sitzung dauerte ununterbrochen 10½ Stunden, wovon 2½ Stunden auf die Rede des Ministerpräsidenten Combes entfallen. Für das Kabinett trat nur noch Jaures ein; während seiner Rede lärmte die Rechte dermaßen, daß der Präsident sich gezwungen sah, die Sitzung auf kurze Zeit zu vertagen.

Es seien nur noch einige Mitteilungen über die Abstimmungen gemacht. Zunächst wurde die von Combes verworfene einfache Tagesordnung mit 291 gegen 277 Stimmen, also mit einer Mehrheit von nur 14 Stimmen, abgelehnt. Hierauf wird über die Tagesordnung von Bienvenu-Martin, für deren Annahme die Regierung sich erklärt hat, abgestimmt. Dieselbe lautet: Die Kammer genehmigt die Erklärungen und das Programm der Regierung, sie ist entschlossen, jede Obstruktion zu unterlassen, verwirft jede Hinzufügung und geht zur Tagesordnung über. Ueber diese Resolution wird in drei Teilen abgestimmt. Der erste Teil, der die Erklärungen der Regierung gutheißt, wird mit 287 gegen 281 Stimmen angenommen. Diese Abstimmung wird von ironischem Bravo der Rechten begleitet. Der zweite Teil, der sich mit dem Programm der Regierung einverstanden erklärt, gelangt mit 380 gegen 5 Stimmen zur Annahme, nachdem der Deputierte Braun vorerklärt hatte, daß er wohl das Regierungsprogramm gutheiße, daß er derselben aber nicht die nötige Autorität zuerkenne, das Programm durchzuführen. Während die ersten Teile durch Zettelabstimmung erledigt wurden, wurde der letzte Teil der Tagesordnung durch Handaufheben angenommen. Schließlich wird die ganze Resolution mit 289 gegen 279 Stimmen angenommen. Das ist, wie man sieht, eine sehr knappe Majorität, auf die sich das Kabinett Combes stützen kann, eine Majorität, die sich bei erster bester Gelegenheit in eine Minorität umwandeln kann.

Nach neueren Meldungen soll sich Combes mit diesem allerdings schwachen Vertrauensvotum nicht zufrieden geben, und doch beabsichtigen, von dem Posten eines Ministerpräsidenten zurückzutreten.

Italien. Bauernunruhen werden aus der Provinz Latium gemeldet.

England. Arbeitslosen-Demonstrationen. Die sozialdemokratische Föderation hat beschlossen, an dem Sonnabend vor der Eröffnung des Parlaments eine Demonstration der Arbeitslosen auf dem Trafalgar Square abzuhalten. Hier soll eine Deputation gewählt werden, welche beim Premierminister und dem Präsidenten des Unterhauses vorsprechen und von diesem verlangen soll, die Frage der Arbeitslosigkeit sofort zu beraten. Die Föderation fordert ihre Zweigvereine in der Provinz auf, Sorge zu tragen, daß auch dort am gleichen Tage Demonstrationen stattfinden, die sich mit der Londoner identisch erklären.

Rußland. Gewaltsame Unterdrückung der Reformbewegung. Die Veranstaltung von Banketten mit politischen Reden ist jetzt aufs strengste untersagt. In mehreren Fällen haben auch die Gouverneure gegen die Teilnehmer an früheren Banketten, die bis zum Dezember-Erlaß der Regierung geduldet waren, nachträglich Untersuchung eingeleitet. Aus einzelnen Städten wird gemeldet, daß die Polizei jetzt auch wieder, wie zur Zeit Plehwes, in Privatwohnungen dringt, um sogenannte verbotene Versammlungen zu entdecken.

Amerika. Kein Anarchist sondern ein verrückter Patriot ist der Attentäter auf das Denkmal des Alten Fritz. Geßler-Rousseau ist ein falscher Name des verhafteten Mannes, der jetzt gesteht, die Attentate auf das Friedrich-Denkmal und den Dampfer Umbria verübt zu haben. Auf die Frage, warum er die Attentate verübt habe, meinte er, es seien zu viel fremdländische Sachen in Amerika. Die Polizei hält ihn für einen durch Patriotismus närrisch gemachten Menschen.

— Kinderschutz. Für den Staat Illinois ist mit dem 15. Dezember ein Gesetz in Kraft getreten, durch welches die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern unter 16 Jahren in den Bergwerken verboten ist. Es werden hierdurch gegen 2500 jugendliche Arbeiter betroffen.

Krieg in Ostasien.

Die Besetzung von Port Arthur ist nunmehr endgiltig erfolgt. An Kriegsmaterial fielen den Siegern in die Hände: 59 permanente Befestigungen, 546 Geschütze, darunter 54 großen, 149 mittleren und 343 kleinen Kalibers, 82670 Granaten, 5000 Kilogramm Pulver, 35252 Gewehre, 1920 Pferde, 4 Schlachtschiffe ohne die Sewastopol, die vollständig gesunken ist, 2 Kreuzer, 14 Kanonenboote und Torpedobootszerstörer, 10 Dampfer sowie außerdem 35 kleinere Dampfer, die nach unerheblichen Reparaturen noch brauchbar sind.

Der Verlust der Port Arthur-Flotte kostet den Russen rund 250 Millionen Mark.

Die Japaner besetzten auch die Taubenbai und Kintschau. Ein Teil der Belagerungsgeschütze wurde nach Norden abgesandt.

Ueber das Eintreffen der Meldung vom Falle Port Arthurs wird dem Berliner Lokal-Anzeiger folgendes aus Mukden mitgeteilt: Die Kapitulation von Port Arthur wurde auf den russischen Positionen später als auf den japanischen bekannt. Bei diesen herrschte großer Jubel. Die Russen glaubten erst, die Japaner feierten das Neujahrsfest, bis eine Handgranate unter die Russen fiel, an der folgender Zettel befestigt war: Wir benachrichtigen Sie von der Kapitulation Port Arthurs. Ihnen ist das wohl nicht angenehm, Sie mußten aber darauf gefaßt sein. Jetzt rücken Sie vor, wir erwarten Sie mit Vergnügen. Die Unterschrift lautet: Die japanische aktive Armee.

Die Offensiv-Versuche der russischen Kavallerie haben zu einer Verletzung der Neutralität geführt. Aus japanischer Quelle wird berichtet, daß General Mitichenko bei den jüngsten Angriffen den Liaoflüß überschritten hat und sich dadurch einer Neutralitätsverletzung durch Ueberschreiten auf chinesisches Gebiet schuldig gemacht hat.

* * *

Zunahme von Not und Verbrechen infolge des Krieges. Der Berl. Ztg. wird aus Warschau gemeldet: Infolge des Krieges werden in Lodz fast alle Fabrikarbeiter entlassen. Die Arbeiter, die keine Anstellung finden, plündern die Passanten auf den Straßen. Dieser Tage überfiel eine Räuberbande am hellen Tage eine im Zentrum der Stadt gelegene Limonadenfabrik und raubte die Kasse aus, wobei der Inhaber erschossen wurde. Mehrere Angestellte wurden schwer verletzt.

Polizeiliches und Gerichtliches.

§ **Sechs Wochen Gefängnis** hat Genosse Meyer als Redakteur der Straßburger Freien Presse angetreten, weil er Staatseinrichtungen lächerlich gemacht haben soll. Seine Kritik galt dem deutschen Gefängniswesen. Es ist ihm Selbstbeköstigung und Selbstbeschäftigung gewährt worden.

Parteinachrichten.

— **In die Bürgerausschüsse** der Städte Württembergs sind bei den letzten Wahlen 74 Parteigenossen gewählt worden. Da jedoch in einer Reihe von Orten die Kandidaten entweder in öffentlichen Wählerversammlungen aus verschiedenen Par-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050118-13/fragment/page=0002

teien entnommen wurden oder Arbeitervereine mit der Volkspartei usw. zusammengingen, in den betreffenden Berichten die Gewählten aber nicht nach ihrer Parteizugehörigkeit benannt sind, so dürfte sich die Gesamtzahl noch wesentlich erhöhen. In der vorjährigen Zusammenstellung über das Ergebnis der Gemeinderats-Wahlen werden 59 Parteigenossen gezählt.

— **Sozialismus in Südafrika.** In Loystadt hat sich ein sozialdemokratischer Verein gebildet. Der Verein hat schnell eine ansehnliche Mitgliederzahl erhalten, so daß ein größeres Vereinslokal gemietet werden mußte, in dem wöchentlich Versammlungen abgehalten werden.

— **Die Gesamtzahl** der bei der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika abgegebenen Stimmen beträgt 442527. Davon fallen 409124 auf die Sozialistische Partei und 33403 auf die Sozialistische Arbeiterpartei. Zu den Stimmenzahlen aus den 45 Staaten sind noch die Zahlen aus zwei Territorien zu rechnen, aus Arizona 1985 und aus Oklahoma 4443. In Arizona wurden bei der letzten Präsidentenwahl (1900) keine sozialistischen Stimmen abgegeben, und in Oklahoma 815. Zum erstenmal wurden in allen 45 Staaten sozialistische Stimmen gezählt, am wenigsten in Süd-Carolina, nämlich 22, und am meisten in Illinois, nämlich 69225. Die Sozialistische Arbeiterpartei, die im Jahre 1902 noch ein Votum von 52780 erzielte, verlor seitdem über 19000 Stimmen; sie schmilzt zusammen vor den Erfolgen der Sozialistischen Partei (Debs). Noch gehen beide Richtungen streng getrennt ihre Wege, aber eine Vereinigung ist zu erwarten, wenn nicht eine Auflösung der Sozialistischen Arbeiterpartei eintritt, die überall ihren Halt verliert.

Gewerkschaftliches.

Die Angestellten der Schwebebahn in Elberfeld haben ihren Streik verloren, da schon am zweiten Tage viele fahnenflüchtig wurden und die Arbeiter in der Werkstelle sich nicht anschlossen.

Tischler. In München wollte die Normal-Fenster-Fabrik von Wagner die wöchentliche Arbeitszeit um drei Stunden verlängern. Der Fabrikausschuß wurde nicht nur nicht angehört, sondern seine Mitglieder bekamen noch an demselben Tage ihre Entlassung.

Die Kleber (Tapezierer) Berlins und Umgegend sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Eine Versammlung der im Verbande organisierten Kleber beschloß Mittwoch abend in den Industriesälen, den Arbeitgebern einen neuen Lohntarif zur Annahme zu unterbreiten. Die Antwort der Unternehmer wird bis spätestens 25. d. M. erwartet; an diesem Tage findet eine allgemeine Versammlung statt, die über das weitere Vorgehen beschließen wird.

Metallarbeiter. Die Verbandsleitung fordert durch Aufruf die Zahlstellen auf, sofort außerordentliche Mitgliederversammlungen einzuberufen mit der Tagesordnung: Die Bedeutung des Kampfes der Bergarbeiter. Weiter erteilt der Vorstand von vornherein seine Genehmigung zur Erhebung obligatorischer Extrabeiträge zur Unterstützung der streikenden Bergleute. Der Aufruf schließt:

Kollegen! Noch nie habt Ihr gefehlt, wenn es galt, für die allgemeine Arbeitersache Opfer zu bringen. Auch diesmal rechnen wir auf Eure Solidarität, auch diesmal zählen wir um so mehr auf Eure Opferfreudigkeit, weil wir hier mit den Bergarbeitern gegen einen **gemeinsamen Feind** kämpfen.

Kollegen! Ernst ist die Situation! Was heute den Bergarbeitern zustößt, kann morgen über uns kommen, darum auf und stellt Euch in den Dienst der allgemeinen Sache! Nicht nur aber beschränkt Euch auf diese Solidaritätsbezeugung, sondern benutzt auch die Gelegenheit zur Aufklärung; werbt allenthalben neue Kämpfer für den **Deutschen Metallarbeiter-Verband!**

Ausland.

Oestreich. In Wien ist ein Stillstand im Tischlerstreik eingetreten. Die Polizei geht gegen die Streikenden vor, als wenn Wien an der Spree läge. — Dagegen haben in Budapest die Tischlermeister ihre Gehilfen ausgesperrt.

Spanien. In Valenzia haben die Bauarbeiter, Bäcker, Buchdrucker, Postbeamten usw. den Generalstreik erklärt. Zeitungen sind schon seit mehreren Tagen nicht erschienen.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle, 14. Januar.

Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Zacke; Ankläger: Staatsanwalt Aisleben und Assessor Voigt. Als Verteidiger wirkten die Rechtsanwälte: Kettembeil und Dr. Kaßler.

Urkundenfälschung.

Stellmacher Edmund Ritter aus Eilenburg war der schweren Urkundenfälschung angeklagt. Der unglückliche Mensch hat neben einigen Gefängnisstrafen schon 14 Jahre und 6 Monate Zuchthaus verbüßt. Jetzt wurde er beschuldigt, im Juni vor. Js. öffentliche Urkunden über eine Anfrage wegen Erbschaftssachen gefälscht und sich dadurch einen Vorteil von 100 Mk. verschafft zu haben. Weitwandelt worden war ein Bäckermeister in Delitzsch. Der Angeklagte stellte die ihm zur Last gelegte Tat in Abrede und behauptete, er habe tatsächlich Anspruch auf die Erbschaft eines Vetters und habe sich als Beweis dafür, daß ihm noch 800 Mk. Erbschaftsgelder zustehen, jene Urkunden von einem Herrn Heynemann verschaffen lassen. Des Angeklagten Angaben erwiesen sich als unwahr. Er wurde unter Verneinung mildernder Umstände zusätzlich zu einer im Juni vorigen Jahres erhaltenen Zuchthausstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten noch zu

1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus,

300 Mk. Geldstrafe ev. 20 Tagen Zuchthaus und noch 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Sittlichkeitsvergehen.

Aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurde der 22jährige Dienstknecht Otto Henichel aus Oberwünsch, dem zur Last gelegt wurde, er habe am Abend des zweiten Weihnachtstages in Niederwünsch die Ehefrau eines Landwirtes in unsittlicher Absicht überfallen. Ein zu Hilfe geeilter Mann befreite die Frau. Der Angeklagte wurde auf Grund der unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgehabten Verhandlung zu

1 Jahr Gefängnis

verurteilt.

Strafkammer.

Halle, 16. Januar.

Vorsitzender: Landgerichts-Direktor Fromme; Ankläger: Staatsanwalt Dr. Kloß.

Wegen unlauteren Wettbewerbes und Vergehens gegen das Warenschutzgesetz war der Drogist Otto Kramer von hier angeklagt. Er soll in den Jahren 1902 und 1903 in der Absicht, den Anschein eines besonders günstigen Angebotes zu erwecken, in öffentlichen Bekanntmachungen Täuschungen über den Vertrieb von Waren bei dem Publikum hervorgerufen haben. — Ein Kaufmann Lukas vertrieb Roßmarkpomade, die Büchse zu 50 Pf., mit einem Etikett, das ein springendes Pferd zeigt. Da auch das Tier auf Kramers Etikett eine Fahne in den Vorderbeinen trug und das Etikett des Lukas geeignet geschützt war, erblickte man eine Nachahmung für vorliegend. Der Angeklagte bestritt, sich strafbar gemacht zu haben, und die Gerichte im vorangegangen Zivilverfahren haben angenommen, der Angeklagte habe nicht wissentlich sondern höchstens fahrlässig gehandelt. Der Angeklagte hat nämlich im Vorverfahren eidlich in Abrede gestellt, vor der Herstellung seines Etiketts das Lukassche Etikett gesehen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte aber wegen Vergehens gegen das Warenschutzgesetz und das Gesetz betreffend unlauteren Wettbewerb 300 M. Geldstrafe. — Das Gericht sprach den Angeklagten frei, da nicht festgestellt worden sei, daß er wissentlich gehandelt hat. Die Worte „gesetzlich geschützt" habe er nicht um zu täuschen auf sein Etikett gebracht, hieß es in der Urteilsbegründung.

Versammlungsberichte.

Fabrikarbeiter.

Die Umwechslung der neuen Mitgliedsbücher soll so vorgenommen werden, wie in Nr. 1 des Proletarier empfohlen wird. Für den verunglückten Kollegen Burkhardt, der bei dem Droschkenbummel am 12. Juli v. J. anläßlich der Rektoratswahl durch Unachtsamkeit des Kutschers Keller zu Falle kam und dem dabei ein Rad über beide Beine ging, so daß der Kollege heute noch an Stücken umhergehn, soll um Beitragsbefreiung nachgesucht werden. Zur Verlesung kam hierauf der Brief eines Kollegen, welcher in der medizinischen Klinik im Block I stationiert lag und sich in seinem Schreiben über die inneren Verhältnisse derselben aussprach. Darin wurde geklagt über die Regulierung der Heizkörper im Krankensaal, über das unbesuchte Herumdrehen an den Ventilen durch die Leichtkranken, welche in dem Saale spazieren gehen. Hauptsächlich soll dieser Zustand bei der Nachtzeit recht unerträglich werden, so daß oftmals die Fenster eine Zeitlang geöffnet und die Kranken dadurch dem Luftzug ausgesetzt sind. Durch das Nicht-Ablassen des Wassers aus den Röhren und Kondenstöpfen ist das Trommeln und Klistern im Krankensaal so stark, daß die Patienten manche Nächte mehr wachen als schlafen. Es wurde der Wunsch ausgedrückt, diese Uebelstände abzuhelfen. Backware, Messer und Gabeln werden von den Ueberbringern anstatt auf den neben jedem Bett stehenden Tisch den Patienten oft auf das Bett geworfen. Die größte Zahl der Kranken bekommt mittags und abends gewöhnlich nur dünne Suppen mit wenig Fleisch. Bei Hirse- und Grützesuppen sind gar keine Zutaten. Nur drei bis vier Schwerkranke bekamen zur Zeit etwas bessere Speisen. Aus der Hauptküche kommt täglich Kompott, aber nur für drei Personen, so daß am andern Tage die nächsten drei Mann an der Reihe sind u. s. w. Zum Holen der Speisen aus der Hauptküche sind nur zwei Personen bestimmt, aber zirka sechs laufen und hantieren fast täglich in der Nebenküche am Block herum, holen sich die besten Bissen weg, und andere Kranke müssen darunter leiden. Beim Verteilen der Speisen soll jeder Patient an seinem Bette bleiben. (§ 12 der Hausordnung.) Wie es aber jeden paßt, so geht er nach der Küche. Brot verteilt eine Frau. Von den anderen Speisen dagegen weiß man nicht, von wem man sie zu fordern oder zu bekommen hat.

Wenn das Personal mit Arbeit überhäuft ist, sollte hier noch jemand eingestellt werden. In der Angelegenheit des Kollegen Roloff sollen erst noch Ermittelungen angestellt werden. Ein Streitfall wurde der Beschwerde-Kommission überwiesen. Von der gemeinsamen Sitzung am 4. im Weißen Roß wurde berichtet und zugleich die schriftliche Vereinbarung mit dem Handels- und Transportarbeiter-Verband verlesen. Nach Erledigung verschiedener Fragen über Wohnungsveränderung über Beteiligung bei Begräbnissen von Kollegen und eines Winterveranügens wurde noch aufgefordert, für regen Besuch der Gewerkschaftsversammlung am 18. Januar Sorge zu tragen. (Eingeg. am 9. Jan.) W. K.

Gewerkschaftskartell Schkeuditz.

In der Sitzung am 4. Januar erhoben sich vor Eintritt in die Tagesordnung die Genossen zu Ehren des verstorbenen Genossen Mittag-Merseburg von ihren Plätzen. Angeschlossen haben sich die organisierten Zivilmusiker und ersuchen bei Festlichkeiten der Gewerkschaften um tunlichste Berücksichtigung. Eingegangen war u. a. ein Schreiben aus Fechenhain, Saalbauunterstützung betreffend. Es wird beschlossen, die Fechenhainer Genossen an die General-Kommission zu verweisen und auf Empfehlung derselben eine Anzahl Koupons zu entnehmen. Zur Kartell-Konferenz in Magdeburg werden Genosse Schreck und Jäger gewählt. In Sachen Nagel erstattet Genosse Jäger Bericht. Es ergibt sich aus demselben, daß die Kosten des Nagelschen Beleidigungsprozesses ca. 350 Mark betragen, wovon noch 94.70 Mk. ungedeckt sind. Selbige werden, da dringend, vorläufig vom Kartell gedeckt, jedoch verpflichten sich die Fabrikarbeiter, einen Teil davon aus ihrem Lokalfonds zu decken. Am 5. Februar findet die nächste Arbeitslosen-Zählung statt. Der neu errichteten Bibliothek wird der praktische Tischler überwiesen, auch wird ein Bücherverzeichnis ausgearbeitet. Hierauf teilt Genosse Fritsche noch die bekannten Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes in der Maifeier und Gewerkschaftsangelegenheit mit. (Eingeg. am 8. Januar.) R. H.

Vermischtes.

* **Die Pest.** Nach einer soeben erfolgten Veröffentlichung vom Reichsgesundheitsamt wütet im Uralgebiete (Ostgrenze des europäischen Rußlands) die Pest noch sehr. Vom 26.—28. Dez. erkrankten auf drei Kosakenstationen daselbst neu 34 Personen und 35 erlagen der Pest. In Britisch-Ostindien sind vom 11. bis 17. Dezember 6615 Pesterkrankungen und 5135 Todesfälle zur Anzeige gelangt. — Vereinzelte Pestfälle sind in Ostafrika, Südafrika und Brasilien vorgekommen. — Die Cholera raffte im russischen Gouvernement Eriwan vom 15. bis 21. Dezember 279 Menschen bei 324 Erkrankungen weg. Auch in Kalkutta (Ostindien) starben in einer Dezemberwoche 72 Personen an der Cholera.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Süd, Steinweg 2), 13. Januar.

Eheschließungen: Elektrotechniker Käfmer und Martha Hamann (Friedrichstraße 56 und Forkerstraße 41). Former Schröder und Frida Pforte (Spitze 10 und Grafeweg 10). Pferdehändler Borngräber und Alma Zimmermann (Leipzig und Kleine Klausstraße 10). Kontorist Tiemann und Luise Köhler (Burgstraße und Bennstedt).

Geboren: Invaliden Reimann S. (Kaulenberg 4). Werkmeister Wieder S. (Böllbergerweg 66). Buchdrucker Hildebrandt T. (Schützenstraße 11). Schlosser Hache S. (Jakobstraße 4.

Gestorben: Beamten Klingner S., 11 Mon. (Bernhardystraße 27). Feilenhauermeister Kohlmann, 45 J. (Streiberstr. 17). Immerpfeifer Müller, 52 J. (Klinik). Silberarbeitermeister Eisner T., 2 J. (Klinik). Arbeiter Brömme, 43 J. (Klinik). Witwe Biermann, 76 J. (Klinik). Schlossermeister Ziegengeist, 58 J. (Merseburgerstr. 161). Witwe Schmeitzer, 70 J. (Marktplatz 9). Rentenempfänger Fink, 55 J. (Kanischstraße 11).

Halle (Nord, Burgstraße 38), 14. Januar.

Aufgeboten: Former Zubiller und Anna Wittig (Körnerstraße 9). Ingenieur Pröschel und Katharine Pfautsch (Untertennichental und Jägerplatz 5).

Eheschließungen: Kaufmann Krüger und Marie Blitz (Jakobstraße 23 und Schillerstraße 21). Handelsmann Golch und Emma Reinhardt (Spitze 13 und Richard Wagnerstr. 19). Schmied Liebrecht und Lina Schneider (Quellendorf und Trotharstraße 75).

Geboren: Arbeiter Trensinger S. (Trotharstraße 48). Schlosser Bobbe T. (Richard Wagnerstraße 39). Bergarbeiter Weber T. (Saalwerderstraße 4). Arbeiter Fiedler S. (Große Wallstraße 42). Arbeiter Franke T. (Gabelsbergerstraße 28). Schneidermeister Herzberg T. (Körnerstraße 17).

Gestorben: Privatmann Schneider, 82 J. (Ludwig Wucherer-straße 26). Aufseher a. D. Grahn, 55 J. (Goethestraße 30) Buchhalters Schultze S., 4 Tage (Rosenstraße 1).

Parteigenossen des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises.

Da die Gründung eines **Zentral-Wahlvereins** für unseren Wahlkreis nunmehr spruchreif ist, beruft Unterzeichneter auf

Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr

eine außerordentliche Kreiskonferenz nach **Eilenburg**, Restaurant Tivoli, ein.

Tagesordnung:

1. Gründung eines Zentralvereins für den Wahlkreis Delitzsch-Bitterfeld und Wahl des Sitzes des Vorstandes.
2. Die Aufgaben der Filialen dieses Vereins. Referent Genosse A. Weißmann.
3. Partei-Angelegenheiten.

Parteigenossen! Ich ersuche Euch, die Wahl der Delegierten baldigst vorzunehmen und mir davon bis spätestens 12. Februar Mitteilung zu machen.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Kreisvertrauensmann:
L. Biedermann-Delitzsch.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Unserem **Inventur-Ausverkauf** haben wir hinzugefügt:

Grosse Posten **Tischwäsche** Gedecke, Tischtücher, Servietten und dergl.

Grosse Posten **Leibwäsche** Hemden, Beinkleider, Nachtjacken und dergl.

Grosse Posten **Unterröcke** in Velour, Wolle und Seide.

Grosse Posten **Kleiderstoffe** von einfachster bis elegantester Art.

Preise enorm billig!

Brummer & Benjamin

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050118-13/fragment/page=0003

Mittwoch 18. Januar, abends 8½ Uhr
im Konzerthaus, Karlstraße 14,
öffentliche

Gewerkschaftsversammlung.

Tagesordnung:

1. **Berichterstattung des Genossen Güldenberg über das Arbeiter-Sekretariat im Jahre 1904.**
2. **Bericht der Aufsichtskommission und Neuwahl derselben.**
3. **Stellungnahme zum Bergarbeiterstreik.**
4. **Verschiedenes.**

Zu dieser Versammlung wird einem zahlreichen und pünktlichen Erscheinen der Gewerkschaftsgenossen entgegen gesehen.

Die Aufsichtskommission.

NB. Diejenigen Gewerkschaften, welche den **statistischen Fragebogen** noch nicht abgeliefert oder die **Jahresberichte** noch nicht bestellt haben, werden ersucht, in dieser Versammlung die Ablieferung resp. Bestellung zu bewerkstelligen.

Arbeiter-Bildungs-Verein zu Halle a. S.

Donnerstag d. 19. d. Mts., abends pünktlich 8 Uhr (Ende gegen ¾11 Uhr) im großen Saale des „Konzerthaus", Karlstr. 14, **2. Vortrag** über:

Hypnotismus und Suggestion

in der Erziehung u. Heilpflege. Referent: Herr **Otto Siemens-Leipzig.** — Zutritt nur gegen Karten, die zu haben sind bei dem Vorsitzenden Jahnig (Volksbuchhandlung, Geiststr 21), dem Kassierer Fischäve (Rudolf Hanmstr. 32 p.) und im „Konzerthaus".

Durch Mitglieder eingeführte Gäste haben Zutritt; Kindern wird derselbe verweigert.

Der Vorstand.

Zentralverband der Maschinisten u. Heizer.

Da das in Nr. 13 dieses Blattes befindliche Eingesandt in Wort und Sinn von seiten der Redaktion entstellt worden ist, so ziehen wir hierdurch unsere Unterschrift zurück und überlassen den dann übrigbleibenden Teil der Redaktion selbst.

Sonntag den 29. Januar nachm. 4 Uhr: Versammlung.

Die Ortsverwaltung Halle.

Sozialdemokr. Verein Döbris u. Umg.

Sonntag den 22. Januar in der Wohnung des Genossen Kabisch

öffentl. Monats Versammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht vom preußischen Parteitag. Referent: Gen. **Leopoldt-Zeitz.** 2. Zweck und Ziele des Parteilebens. 3. Bericht vom Vorstand und Rechnungslegung des Kassierers. 4. Wahl eines neuen Kassierers. 5. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Gemeinschaftl. Ortskrankenkasse zu Halle.

Zur Vornahme der **Vertreterwahlen** für unsere Kasse findet **Mittwoch den 25. Januar abends 8½ Uhr** eine

ausserordentl. Generalversammlung

im Freyberg-Bräu, Kl. Märkerstraße 10, statt, zu welcher alle wahlberechtigten Arbeitgeber und Kassenmitglieder hiermit eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Wahl von 30 Vertretern der Kassenmitglieder.
2. Wahl von 15 Vertretern der Arbeitgeber.

Der Vorstand.
J. A.: **P. Möbius**, Vorsitzender.

Gesang-Verein „Liederkranz".

Sonnabend den 21. Januar abends 8½ Uhr

gr. Masken-Ball

im Wintergarten.

Zur Aufführung gelangt: **„Hagenbecks große Menagerie".**

Der Vorstand.

Goldener Hirsch. Mittwoch d. 18. Jan. abds. 7 Uhr Maskenball.

Nur Karl Kochs

Nährzwieback

kommt seiner Zusammensetzung und Wirkung nach der Muttermilch gleich, wirkt ernährend und gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; **man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen, nur**

Karl Kochs Nährzwieback.

Herrenstraße 1.

Zu haben in sämtl. Konsumvereinen.

Wir machen die ergebene Mitteilung, daß wir am **10. Jan. cr.**

Geiststraße 47 (Lichtenhainer Krug)

ein zweites Geschäft zur besseren Bedienung unserer werten Kundschaft eröffnet haben. Wir führen daselbst sämtliche **Ersatzteile, Nadeln, Garne, Seide, Oele** rc. und werden auch **Reparaturen** an allen Maschinen prompt ausgeführt werden.

Hochachtungsvoll

Singer Co., Nähmaschinen-Akt.-Ges.

Geiststr. 47 (Lichtenhainer Krug). Leipzigerstraße 20.

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Mittwoch den 18. Januar 1905:
Nachmittags 3½ Uhr:
Letzte Weihnachts-Kindervorstellung bei kleinen Preisen.
Zum letzten Male:
Klein Däumling.
Weihnachts-Komödie mit Gesang und Tanz in 5 Akten von C. A. Görner.
Abends 7½ Uhr:
122. Abonnem.-Vorst. 2. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
Oberon,
König der Elfen.
Große romantische Feenoper in 4 Akten.

Donnerstag den 19. Jan. 1905:
123. Abonn.-Vorst. 3. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
Novität! Zum letzten Male: Novität!
Der Rastelbinder.
Operette in einem Vorspiel u. 2 Akten von Viktor Leon.

Neues Theater, Halle a. S.

Direktion **E. M. Rauthner.**

Mittwoch **4 Uhr nachm.: 60, 40, 20 Pf.: Die Ehre** von Sudermann.
Abends 8: **Gastspiel Leipziger Schauspielhaus Der Meister** von Baur.
Donnerstag: **Ungläubige Thomas.**

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Ab 16. Januar 1905:
Das völlig neue

Monstre-Pracht-Programm.

Die größte Sensation der Saison 1904/05:

Captain M. Rudolf

mit seinen **Elefanten, Pferden und Hunden.**

Das Phänomenalste, was bisher in der Dressur von Tieren erreicht wurde.

Captain Rudolf hatte die hohe Ehre, vor vielen Fürstlichkeiten mit seiner einzig in der Welt existierenden Dressur aufzutreten zu dürfen und wurde hierfür mit den **höchsten Auszeichnungen geehrt.**

Namdroux u. Clemence,
hervorragender Bühnen-Luft-Akt.
Steffen-Br.
mit ihrer hochkomischen Neuheit als **„Korbspringer".**
8 Phantom Guards
(Geistergarde), **großes Damen-Gesangs- und Verwandlungs-Ensemble.**
Henry Kaiser,
d. **bekannte Gentleman-Juggler** unter Assistenz v. Mlle. Eugenie in **seinen einzig dastehenden, vornehmen Darbietungen.**
Hans Girardet,
Humorist in eigenem Genre u. mit **hochkomischem Repertoir.**
Les Takitos,
Serenadensänger und Glocken-Imitateure.
Else Hohenau,
Bravoursoubrette.
Dröses Velograph,
lebende aktuelle Bioskographien in **prächtiger Vorführung.**

Für mein Restaurant suche ich sofort einen **Klavierspieler,** welcher gleichzeitig **etwas humoristische Vorträge** ausführen kann.

A. Cramer. Lerchenfeldstr. 15.

Freybergs Bierstube.

23 Bernhardstr. 23

Donnerstag den 19. Januar

Schlachtefest.

Hierzu ladet ergebenst ein

Ernst Kräuter.

Walhalla-Theater.

Inhaber: **Otto Herrmann.**

Ab heute:

Neu! Neu!

La Berat,
Wundergrotten-Tänzerin.
Die weiblichen Rastelbinder
Damen-Gesangs-Ensemble.
Otto Richard,
Humorist.
The Tups,
amerikanische Exzentriks.
Lotte Mende,
Vortrags-Soubrette.
The 3 Newsomes,
equilibristischer Akt.
Les Ciottis,
neuester Sportakt.
Claire Hegel,
Soubrette.
Messiers Biophon
Die neueste Erfindung der Gegenwart.
Les Montecinos,
akrobatisches Tanz-Potpourri.
Jules Greenbaum.
Deutsche Bioscop-Comp.
u. s. w.

Trotz des großen Programms Saalplatz 50 Pf.
Vom Neuesten stets das Neueste.

Laden-Einrichtungen,

Kastenregale, Warenschränke, Fachregale, Ladentische mit u. ohne Marmorplatte von 1,50 Meter bis 6 Meter lang, Kaffeebrenner, Standwagen, alles billig.

Friedrich Pelleke, Geiststr. 25.
Telephon 2450.

Holz-Schuhe

auch mit beweglicher Sohle
Filz- u. Holz-Pantoffeln empfiehlt
Fr. Fricke, Mansfelderstraße 47.

Günstige Kauf-Gelegenheit!

Ganze Wirtschaft, bestehend aus: 1 Vertikom. nußb., 1 Kleiderschrank, 1 Sofa, 1 Spiegel, 4 Rohrstühle, 1 Bettstelle, 1 Küchenschrank, zusammen für 160 M.

Ferner stets große Auswahl in Plüsch Sofas, Garnituren, Trumeauspiegel, kompl. Schlafzimmer-, Speisezimmer- und Salon-Einrichtungen, alles sehr preiswert. **Friedrich Pelleke, Geiststraße 25.**

Pelerinen-Mantel, Paletot u. Anzüge für mittlere Figur billig zu verk., all. a. erhalten, **Alter Markt 25, IV b Huch**

Kaufe stets

Warenschränke, Kastenregale, Ladentische, ganze Nachlässe von Möbeln Pianinos, Geldschränke usw.

Friedrich Pelleke, Halle a. S., Geiststraße 25. Telephon 2450.

NB Kaufe auch stets ganze Lager neuer Möbel.

Verein für naturgemässe Gesundheitspflege z. Zeitz

Donnerstag den 19. Jan. abends 8 Uhr in der „Steinschänke"

Vortrag

von Herrn Bartmann aus Gera über:

Scharlach und Diphtheritis.

Gäste willkommen. Der Vorstand.

Restaur. Felsenkeller, Zeitz.

Nächsten **Freitag, Sonnabend und Sonntag**

Anstich ff. von Bockbier

wozu freundlichst einladet

Hermann Heymann.

Gasthof Luckenau.

Sonntag den 22. Januar

Ball

d. **Arb.-Gesangvereins Sängerlust Luckenau,**
wozu mit Speisen und Getränken bestens aufwartet **Reinh. Herzog.**

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Restaurant

zur Wilhelmshöhe.

Um geneigten Zuspruch bittet

der Wirt: **Eduard Reubke.**

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Morgen Mittwoch **Schlachtefest.**
Oskar Heller
Steinweg 32.
Telephon 2179.

Hausarbeiterinnen

für **Papierwaren suchen**
Hellbrau & Pinner, Geiststr. 22.

---

1 Billard mit Zubehör und ein Pianino, passend für Restaurateure oder Anfänger sehr billig zu verkaufen **Geiststraße 25.**

Gerrag. Militärschuhe für Knaben in jed. Gr. z. verk. Hennicke, Kl. Ulrichst. 16.

Jakobstr. 44, fl. Wohn. 1. April, einzelne Stube sofort zu vermieten.

Makulatur

verkauft

Volksblatt-Druckerei.

Motto:

Erwerben macht es nicht allein,
Mutt's Sparen auch versteh'n,
Und klüglich alles reinen ein
Wenn alles gut soll geh'n.

Langguths

Haushaltungs-Buch

für alle Tage des Jahres.

Preis 1 M.

Zu beziehen durch die

Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21

Gestern nachmittag 6 Uhr entschlief plötzlich und unerwartet unser lieber Sohn und Bruder, der Barbierherr

Hermann Raute,

im Alter von 32½ Jahren am Herzschlag.

Dies zeigen tiefbetrübt an Frau **Marie Raute** als Mutter, **Paul Raute** als Bruder.

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen sagen wir allen Freunden und Bekannten, welche ihn zur letzten Ruhe begleiteten und seinen Sarg so reich mit Kränzen schmückten, unseren herzlichsten Dank.

Die trauernde Witwe:

Lina Hebner u. Tochter.

Todes-Anzeige.

Heute Sonntag nacht 1 Uhr starb nach längerer Krankheit der Bergmann

Ernst Grober

in seinem vollendeten 29. Lebensjahre.

Dies zeigen tiefbetrübt an **Die trauernden Hinterbliebenen.**
Halle a. S., Oberröblingen a. S., Stassfurt.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 19. Jan. ½3 Uhr von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus statt.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050118-13/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 15. Halle a. S., Mittwoch den 18. Januar 1905. 16. Jahrg.

Deutscher Reichstag.

119. Sitzung. Montag, den 16. Januar 1905, 1 Uhr.
Am Bundesratstisch: Dr. Nieberding.
Die zweite Lesung des

Justiz-Etats

wird fortgesetzt.

Abg. Krzyminski (Pole) beklagt sich über die Benachteiligung der Polen.

Präsident Graf **Ballestrem** bittet den Redner, sich auf den Justizetat zu beschränken.

Abg. Krzyminski (fortfahrend) beklagt sich weiter über den Kampf der Behörden gegen das a am Schluß der weiblichen polnischen Namen.

Abg. Kirsch (Zentr.) spricht sich für die Aufrechterhaltung des Gotteslästerungsparagraphen aus, verteidigt die sozialpolitische Haltung der Zentrumsabgeordneten in den Einzellandtagen und verlangt, daß auch die Haltung des Zentrums im Plenum des preußischen Abgeordnetenhauses abwarten solle, ehe man es wegen des Kontraktbruchgesetzes angreife.

Abg. Gamp (Rpt.) beklagt sich über die Fassung des den Tierschaden betr. § 133 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Die jetzige Fassung zwingt die Gutsbesitzer zur Zahlung hoher Versicherungsprämien oder bedroht sie gar mit Exmission. — Ueber den Strafvollzug sollte man doch endlich schweigen, da man ja die vorzügliche Haltung der Regierung kennt. Der vielgenannte Schwemmert scheint es doch nicht gar zu schlecht im oldenburger Gefängnisse gehabt zu haben; hat er ja noch Zeit gefunden, Gedichte zu machen. (Heiterkeit.) Wenn Herr Lenzmann so schöne Spiele wie „Go es Segen bei Cohn" (Heiterkeit) aus eigener Praxis kennt, so sollte er doch seine Freunde bestimmen, endlich die Angriffe auf den Minister Rühstrat einzustellen. Herr Lenzmann ist ja nicht Minister (Heiterkeit), auch nicht in Oldenburg; aber an einem Reichstagsabgeordneten stelle ich wenigstens noch höhere Anforderungen, als an einen oldenburgischen Minister. (Heiterkeit.) — Herr Müller-Meiningen hat für seine parlamentarischen Klagen über die angebliche Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit in Deutschland nur ein paar Fälle angeführt, die sich teils als falsch, teils als unerheblich erwiesen. Man sollte es wirklich unterlassen, uns mit derartigen Tratschereien die Zeit geradezu zu stehlen. (Unruhe links. Sehr richtig! rechts.) Auch sollte Herr Müller-Meiningen, der doch selbst Richter ist, es lieber den Sozialdemokraten überlassen, das Ansehen unseres Richterstandes durch verunglimpfende Herabsetzungen zu untergraben. (Sehr richtig! rechts. Widerspruch links.) Ich hoffe, die leider noch so zahlreichen freisinnigen Richter werden sich von einer Partei abwenden, deren Mitglied so schwere Anschuldigungen gegen ihren ganzen Stand schleudert. Einen Richter kenne ich allerdings, der sich von politischen Momenten beeinflussen läßt, nämlich Herr Müller-Meiningen. (Unr. links.)

Präs. Graf **Ballestrem** ersucht den Redner, auf die außerparlamentarischen Eigenschaften des Abg. Müller-Meiningen nicht einzugehen.

Abg. Gamp (fortfahrend) protestiert dagegen, daß die Linke die Richter unter den Bann ihrer Anschauungen zwingen wolle. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Frs. Vpt): Der Abg. Gamp hat nicht das mindeste Recht, mich zu meinen richterlichen Kollegen in einen Gegensatz zu bringen! Es mag Ihnen ja unangenehm sein, daß es hier eine Linke gibt: so lange aber eine Linke hier sitzt, werden wir es uns nicht nehmen lassen, die Beschwerden des Volkes vorzubringen, auch wenn sie die Justizpflege betreffen. Daß wir, die wir uns mühsam und unter großen Schwierigkeiten das Material beschaffen müssen, uns bisweilen irren, ist nur natürlich. — Ihr Husarenritt, Kollege Gamp, war gänzlich unangebracht; wenn Sie sich mit mir raufen wollen — ich bin hier bereit dazu (Gr. Heiterkeit — so sehen Sie sich besser vor, damit Sie nicht hereinfallen.

Das Zentrum rennt sich sehr über unseren Antrag auf Abänderung des Gotteslästerungsparagraphen auf. Seine Redner bedauerten, daß wir Schimpffreiheit verlangen! Schimpffreiheit! Sind es nicht katholische Flugschriften, sind es nicht päpstliche Bullen, die den Protestantismus als Satanswerk, als Gift und Pest bezeichnen? (Hört, hört! links.) Dazu kommt die Ausdehnung, die ein Teil unserer Gerichte — siehe Simplicissimus- und Tolstoi-Prozesse — dem Begriff der Beschimpfung gegeben haben; jede scharfe Kritik wird darunter gebracht. — In seiner jetzigen Fassung bedeutet der § 166 ein unberechtigtes Privilegium Roms. Dies Privilegium zu beseitigen, bezweckt unser Antrag; wir wollen nicht, daß ein Alexander Borgia vor kritischer Behandlung geschützt wird, während das Andenken Luthers, Zwinglis, Melanchthons ungestraft beschimpft werden darf. (Beifall links.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Der Fall des Redakteurs Schwennert, der elf Stunden mit Korbflechtarbeit beschäftigt wurde, steht nicht vereinzelt da. Ein polnischer Redakteur wurde zehn Stunden täglich an der Strumpfwirkmaschine beschäftigt. (Hört, hört! links.) So werden die erkannten Gefängnisstrafen bei der Vollstreckung in Zuchthausstrafen verwandelt. Wenn die Strafvollzugsordnung das zuläßt, so wird sie selbst ungesetzlich und zerstört die geringfügigen Schranken, die im § 16 des Strafgesetzbuches errichtet sind. — Der Abg. Kopsch hat indirekt zugegeben, wie recht wir hatten, als wir das Gesetz über die Entschädigung unschuldig Verhafteter wegen der zahlreichen ihm anhaftenden Mängel ablehnten. — Abg. Lenzmann hat uns vorgeworfen, daß wir unrichtige Dinge vorbringen, und verdächtigte dabei meinen Freund Bebel. Gewiß ist es vorgekommen, daß mein Freund Bebel von seinen Gewährsmännern getäuscht worden ist; es ist ihm aber niemals eingefallen, Mitteilungen, die er nicht prüfen konnte, als Tatsachen auszugeben. Herr Lenzmann stellte uns ein Denkmal im Tiergarten in Aussicht. Ich möchte ihn lieber als nach seinem Tode, im Leben aushauen; ich glaube aber, er haut sich selbst aus. (Heiterkeit.) Er spricht von seiner Bescheidenheit; er steht im Mittelpunkt der Bescheidenheit, allerdings aber in dem Sinne, daß sie überall gleich weit von ihm entfernt ist. (Heiterkeit b. d. S.) Daß wir Sozialdemokraten mehr Beschwerden vorzutragen haben als die anderen Parteien, ist richtig, aber auch nötig; sind doch die Schichten, die wir vertreten, der Amboß, auf den der Hammer der herrschenden Klassen niederfällt. Siegen doch in der Kommission, die eine Aenderung der Prozeßordnung vorbereiten soll, auch nur Vertreter der Klassen, die den Hammer im Rechtsleben führen. Natürlich sitzt auch der Abgeordnete Lenzmann darin. (Heiterkeit und Beifall b. d. S.)

Staatssekretär Dr. **Nieberding** verteidigt den Strafvollzug in deutschen Gefängnissen. Im allgemeinen dürfen nur Zuchthausstraflinge gehört werden; Gefangene nur, wenn es die Grundsätze der Schicklichkeit, Sittlichkeit und Reinlichkeit verlangen. (Beifall rechts.)

Abg. Lenzmann (Frs. Vp.): Herr Gamp behauptete, die Mehrzahl der Richter seien freisinnig. Er dürfte sich irren: die Zeiten sind vorüber, da ein preußischer König es ablehnte, sich ein Richterkollegium vorsetzen zu lassen, weil die Richter meist Demokraten seien. — Der Abg. Stadthagen hat bereits, wenn er die ganze deutsche Justiz als Klassenjustiz bezeichnet; aber auch der Abg. Gamp sollte nicht bestreiten, daß Klassenjustiz wenigstens in einigen Teilen des Reiches besteht. — Wenn sich, wie Abg. Gamp behauptet, die Angeordneten durch das Publikum beeinflussen lassen, so müßte ich zurzeit Antisemit sein; denn eine solche Fülle antisemitischer — freilich meist anonymer Schmähbriefe, wie ich sie in diesen Tagen empfangen habe, sind wohl durch die Post noch nie befördert worden. — Ich muß gegenüber dem Abg. Stadthagen aufrecht erhalten, daß Herr Bebel Fälle als Tatsachen vorgetragen hat, die sich nachher als falsch erwiesen haben. (Freilich hat Herr Bebel als Ehrenmann stets offen und schlankweg zugestanden, wenn er getäuscht worden ist. Ich erinnere an den Zuckerriet. Was die Photographie aus Ehrenrührigem betrifft, so wiederhole ich, daß eine vierte Person noch auf dem Bilde war; ich sage aber nicht, daß der Vorwärts sie entfernt hat, sondern der Verbreiter der Photographie. — Seien Sie (zu den Soz.) vorsichtiger in Ihren Behauptungen, dann brauchen Sie sich nicht den Vorwurf der Uebertreibung machen zu lassen. (Beif. bei den Freis.)

Abg. Kunert (Soz.): Auf die Verdächtigungen des Vorredners gegen die Sozialdemokratie gehe ich nicht ein. Ich möchte noch einige Worte über den § 166 (Gotteslästerungsparagraphen) sagen. Eine interessante Parallele ergibt sich zwischen den § § 95 und 166: § 95 bedroht die Beleidigung der irdischen Majestät mit einer Höchststrafe von 5 Jahren, § 166 die Beleidigung der göttlichen Majestät mit einer Höchststrafe von 3 Jahren. (Heiterkeit b. d. S.) Der freisinnige Antrag ist nicht Fleisch noch Fisch. Der einzig richtige Standpunkt ist, daß der ganze § 166 fallen muß; der Staat hat sich um religiöse Dinge überhaupt nicht zu kümmern.

Der Reichskanzler, der nach der Reichsverfassung der einzig verantwortliche Beamte ist, scheint überhaupt nicht mehr in den Reichstag zu kommen. Die Schuld trifft die bürgerlichen Parteien, die es versäumt haben, ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz zu schaffen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schrader (Frs. Vpt.) ist ebenfalls der Meinung, daß es am besten sein würde, den ganzen § 166 abzuschaffen. (Beif. b. d. Frs. Vrag.)

Abg. Ledebour (Soz.): Herr Lenzmann hat behauptet, daß die Sozialdemokratie mit dem Hüssener-Bilde des Vorwärts gelogen worden sei, und hat gegen eine bestimmte Persönlichkeit die Beschuldigung erhoben, sie habe uns das Bild zur Veröffentlichung überliefert. Er hat sogar den Namen des Mannes genannt. Diese Behauptungen sind falsch. (Abg. Stadthagen: Hört! hört!) Der erwähnte Architekt und Maurermeister hat uns das Bild nicht ausgeliefert, auch kein Schwager und Verwandter desselben hat es uns überliefert; es ist durch mehrere Hände gegangen und erst ein anderer hat es uns übergeben. Mein Gewährsmann legt Wert darauf, dies ausdrücklich zu konstatieren; denn die Art und Weise, wie der Abg. Lenzmann diese falsche Tatsache hier vorbrachte, trug zweifellos den Charakter einer Denunziation an sich. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Diese Denunziation war um so schlimmer, als Herr Lenzmann wissen mußte, daß das eingeleitete Strafverfahren zweifellos auch auf denjenigen ausgedehnt werden würde, der uns diese angeblich falsche Photographie geliefert hat. Ich habe die Original-Photographie hier und bin bereit, sie jedermann zu zeigen. Die einzige Aenderung, die am Bilde vorgenommen wurde, bestand darin, daß die vierte Person, eben der fragliche Maurermeister, weggelassen wurde. Diese Wegstreichung ist aber weder vom Vorwärts, noch vom Maurermeister, sondern von dem Freunde desselben erfolgt, eben dem, der uns die Photographie überliefert hat. Die Weinflaschen, die sich auf dem Bilde befinden, sollen nach Herrn Lenzmann als Attrappe erst von uns eingefügt sein. Auch diese Behauptung ist absolut unwahr. (Abg. Stadthagen: Hört! hört!) Die Weinflaschen befinden sich bereits auf der Originalphotographie. (Hört! hört! b. d. Soz.) Und da stellt sich Herrn Lenzmann hier als Sittenprediger für vorgeblichte Prüfung von Akten hin, reißt andere Parteien herunter, und nachher stellt sich heraus, daß er selbst in der wahrlich leichtfertigsten Weise Anschuldigungen erhoben hat! Wie kommt Herr Lenzmann überhaupt dazu, bei dieser Gelegenheit Angriffe gegen uns zu richten? Es handelt sich um eine gemeinsame Sache der Freisinnigen und Sozialdemokraten, um einen Angriff auf die heutige Art des Strafvollzugs, und da kommt Herr Lenzmann und schneidet einem, mit dem er sich zurzeit in gleicher Kampflinie gegen einen gemeinsamen Gegner befindet, hinterrücks die Kniekehle durch! Und da wundern Sie (z. b. Frs.) sich noch, daß wir von Ihrer politischen Bundesgenossenschaft nicht sehr erbaut sind! (Abg. Mundan: Wir auch nicht von Ihrer!) Ist so ein freisinniger Redner einmal genötigt, Angriffe gegen die Regierung zu richten, gleich greift er zum Hongkongöle und schmiert den Gegenstand zum Trotz eine Menge Süßstoff um den Mund. (Zuruf rechts: „Wo bleibt die große liberale Partei?") Die große liberale Partei — was geht sie uns an? Wir werden uns bekümmert um andere Parteien unsere eigenen Wege gehen. (Heiterkeit. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Schmidt-Warburg** (Zentr.): Der Abg. Müller-Meiningen hat meinen Ausführungen einen Sinn unterstellt, den sie nicht hatten. Auch die eine gemeinte, daß die Antragsteller Schimpffreiheit für sich beanspruchen, und sagte § 166 überhaupt nicht konfessionell auf. Dem Abg. Kunert habe ich zu erwidern, daß allerdings der liebe Gott keines Schutzes durch den Reichstag bedarf, wohl aber alle, die sich durch eine Gotteslästerung bedrängt fühlen. (Bravo! im Zentr.)

Abg. **Beuchs** (Antis.): Auch ich will nur verhindern, daß § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) einen Freibrief für die allerschwersten Beleidigungen gibt. — Hätte ich Worte in den Mund genommen, wie Herr Lenzmann noch oft in jüngster Zeit, so würde das Herr Lenzmann als ordinär und als antisemitische Roheit bezeichnet haben. Herr Lenzmann trefft ein Doppelspiel; er ist im Innern Antisemit. (Sachsen links.) Graf Waldersees Kampfesweise hat sich mit der Zeit so verschärft, wie wir es nicht billigen können. Seitdem er so weit gegangen ist, Herrn Bebel als Freund und Genossen zu bezeichnen, haben wir keine Versammlung mehr mit ihm abgehalten. Herr v. Gerlach fassifiziert schon wieder dem Abg. Lenzmann (Heiterkeit) Herr v. Gerlach ist der Mann, der einst schrieb: „Der größte Antisemit und der den Juden am meisten verhaßt ist, bin ich!" (Heiterkeit.) Herr Lenzmann hat auf die schweren Verfehlungen eines konservativen Abgeordneten Bezug genommen. Wir könnten mit gleichen Fällen aus seiner Partei aufwarten; aber das wäre ordinär, freisinnig. (Beifall bei den Antisemiten.)

Abg. **Spahn** (Zentr.): Wenn der Abg. Müller-Meiningen hier auch nicht als Richter sondern als Abgeordneter spricht, hätte er doch auf seinen Stand außerhalb des Hauses auch hier mehr Rücksicht nehmen müssen. (Sehr richtig! rechts und im Zentr.) Er hat wie ein Kulturkämpfer auf Cranzklien Bezug genommen, ohne uns zu sagen, worin er eine Beschimpfung des Protestantismus erblickt. Ich finde keine einzige. In antisemitischer Form kann an allem Kritik geübt werden; aber eigentliche Beschimpfungen muß der § 166 unverändert aufrecht erhalten werden. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. **Müller-Meiningen** (Freis. Volksp.): Zu Unrecht wird mir vorgeworfen, ich sei Kulturkämpfer. Wir waren

---

14] (Nachdruck verboten.)

Das Vergessen?

Elsaß Lothringen 1870—1900.

Roman von Theodore Cahu und Louis Forest.
Deutsch von Suzanne Bracutigam-Romane.

In einer großen Schüssel trug man eine heiße Grünkernsuppe auf, die lieblich duftete. Dann aß man ein Huhn, Kohl mit Kartoffeln und Speck und als Nachtisch eine Mehlspeise mit eingemachtem Obst.

An Greetes Platze standen auf einem geblümten Teller zwei kleine Hunde aus rotem Zucker, daß das Kind sich daran ergötze.

Um den Tisch herum saßen der alte Vater, Michel Stockmann, die Mutter, Luise, Peter, Rose und die Bonne mit der Kleinen. Durch die frische Luft und die Bewegung im Freien war Greetele so müde geworden, daß sie sogar beim Essen einschlief, trotz der verlockenden Anziehungskraft der kleinen, roten Hunde.

Das Essen verlief traurig.

Die Mutter Schilling, verfolgt von ihrer fixen Idee, fuhr fort zu klagen. Nach ihrer Meinung ging nichts mehr, seitdem die Preußen im Elsaß waren. Die Tiere wurden krank, die Früchte faulten, das Wetter war ungünstig, bald regnete es zu viel, bald zu wenig. Alle Welt war arm.

Stockmann versuchte einzuschalten, daß das Land doch dieses Jahr viel hergeben würde.

Aber die alte Mutter glaubte an kein Glück unter der Herrschaft der Deutschen. Daß draußen eine reiche Ernte auf den Feldern stände, konnte sie nicht leugnen, aber mit zitternden Lippen prophezeite sie, daß schon etwas dazwischen kommen würde, um diese Freude zu vereiteln.

Diese verzweiflungsvollen Worte der Alten hatten Stockmann erschüttert. Er fand kein Wort des Trostes und der Aufmunterung mehr. Auch das Ende der Mahlzeit verlief fast schweigsam. Jeder überließ sich seinen schwermütigen und bedrückenden Gedanken und brütete vor sich hin, und nur hier und da unterbrach ein kurzes Wort das Geklapper der Teller und Schüsseln.

Rose ging und kam, wechselte die Teller, brachte die Speisen und versuchte in Eile einige Bissen zu verschlucken. Da sie Kartoffeln mit geschlachteten Schalen trug, hörte man leum ihre Triste. Dieses geräuschlose Hinzeiten verriet noch das Gefühl der Traurigkeit, das auf allen lastete, denn man hatte im Innern den Eindruck, als ob man in einem Krankenzimmer wäre, in dem man auf den Fußspitzen geht, um dem Leidenden keinen Schmerz zu bereiten.

Wie Rose sich anschickte, den „Kirsch" einzuschenken, klopfte man draußen mit dem Holzhammer an die Tür. Der Schlachter Guckert trat ein, hinter ihm sein Sohn Kaspar. Sie grüßten unhöflich und drehten ihre Filzhüte zwischen den Fingern. Bald aber betrachtete sie ihre Zurückhaltung, da Stockmann mit ihnen anstieß. Guckert war ein Mann von ganz auffallender Beleibtheit. Man behauptete, daß in der ganzen Gegend noch niemals ein solcher Koloß gesehen worden sei. Er galt als eine Art Berühmtheit, auf welche die Einheimischen stolz waren. Das Weiche und Verschwommene seiner Gesichtszüge traten noch mehr durch die Lebhaftigkeit seiner Augen hervor. Seine Hände waren triefenhaft, und sein Bauch war so gewaltig, daß sein Besitzer schon längst hatte verzichten müssen, in seinem Laden das Fleisch zu schneiden.

Man lachte jedesmal sehr im Dorfe, wenn Guckert, was oft geschah, die Geschichte seiner Fettleibigkeit erzählte:

„Als ich zwanzig Jahre zählte, war ich mager wie ein Drahtnagel . . . .

Wegen seiner Gutmütigkeit war der dicke Metzger sehr beliebt. Niemand klopfte vergeblich an seine Tür, und an diesem wohlbestellten gewordenen Landbewohner übertrieb die Freiheit seiner allerdings etwas grob zu Tage tretenden Ideen und die von Frohsinn zeugende Milde seines Charakters. Trotzdem er als kampfbereiter und hitziger Freidenker galt, war er doch der Freund aller Geistlichen der Umgegend.

Unzugänglich war er nur in einem Punkte, in seinem Patriotismus. Seit der Annexion hatte er die Sieger mit einem wilden Hasse. Er wäre fähig gewesen, Bomben in die Reihen der vorbeimarschierenden Soldaten des Königs von Preußen zu werfen. Ueber dem Hemd trug er auf der Brust ein Band mit den französischen Farben. Sein naiver und unvernünftiger Chauvinismus beeinflußte die ganze Umgebung, und vierzehn Tage war er schon im Gefängnisse gewesen, weil er in einem Café zu Niederbronn erklärt hatte, daß die preußischen Soldaten unreinlich wären, und daß der durch sie verbreitete häßliche Geruch der Grund der Rinderpest gewesen sei, die im Lande herrsche. Nach seiner Rückkehr aus der Haft war er nur noch mehr aufgebracht worden. Alles hätte bei ihm zusammen gestimmt, um politisch düsterlich zu sein, wenn nur sein Sohn Kaspar auch so feindlich gegen die „Schwoben" gewesen wäre wie er. Aber Kaspar war ein Junge, der sich ins Leben schickte und das Verhalten seines Vaters mißbilligte. Trotz der inständigsten Bitten verweigerte er, wie die übrigen Kameraden nach Frankreich auszuwandern und sich dem deutschen Militärdienste zu entziehen. Als Geliebter der Rose Schilling plante er, hier im Lande sich zu verheiraten und eine Familie zu gründen, und keinerlei Zureden hätte ihn dahinbringen können, sein Dorf zu verlassen. Als nun der dicke Schlachter durch den Vater Schilling im Vertrauen erfahren hatte, daß Stockmann am Abend so einer Art von Familienrat vorstehen werde, um über Peters Zukunft zu beraten, hat er, mit seinem Sohne dieser Zusammenkunft beiwohnen zu dürfen.

„Wenn Kaspar," sagte er zu Hans Schilling, „die brave Haltung Deines Sohnes sehen, wenn er erkennen wird, daß dieser zu allen Opfern bereit ist, wird er sich schämen, besonders vor Herrn Stockmann, und dann entschließt er sich vielleicht auch, seine Pflicht als Franzose zu tun."

Die Männer stießen mit ihren Gläsern an, dann enthüllte Vater Guckert ein kleines Paket, das Kaspar getragen hatte.

„Herr Stockmann," sagte der Metzger, „Sie nehmen mir es gewiß nicht übel. Ich habe in meinem Schranke eine hübsche Holzpuppe wiedergefunden, die ehemals meine arme Elise gern hatte. Ich will sie Ihrem Greetele anbieten."

Das Kind war kaum munter geworden beim Eintritte der beiden Männer, als es sich nun auf das Spielzeug stürzte. Die Puppe war allerliebst, sie stellte eine Elsäßerin mit rotem Rock dar, mit großer Schleife auf dem zierlichen Kopfe, der von einem Nürnberger Künstler fein gearbeitet war.

„Sag: Danke schön!" sprach Stockmann, indem er sich an seine kleine Tochter wandte. Das Kind hob die Augen zu Guckert auf und sagte schüchtern: „Ich danke." Dann kehrte

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050118-13/fragment/page=0005

vielmehr stets Gegner des von Bismarck geführten Polizeikampfs gegen die katholische Kirche. Was wir wollen, ist lediglich volle Parität. Die katholische Kirche ist wahrhaftig mächtig genug, als daß sie noch der staatlichen Waffen bedürfte, die der § 166 ihr zur Verfügung stellt. — Redner verliest eine Reihe Stellen aus päpstlichen Bullen und katholischen Flugblättern, in denen der Protestantismus als Pest usw., sowie als „Lehrvater des Sozialismus, des Nihilismus und Anarchismus, dieser entsetzlichen Todesboten der bürgerlichen Gesellschaft" (Abg. Kirsch (Zentr.): Sehr richtig!) bezeichnet wird. Vom allgemeinen Priesterzum der Protestanten wird behauptet, es führe auf den Standpunkt der Bestiner Dirnen und Zuhälter. (Hört, hört! links. Unruhe im Zentr.) Wenn Sie (zum Zentr.) die Toleranz, die Sie immer im Munde führen, wirklich beweisen wollen, so haben Sie dazu Gelegenheit, indem Sie für unseren Antrag stimmen. — Von einem „Kulturkampf" im Sinne des alten kann hier nicht gesprochen werden: es ist freilich auch ein Kulturkampf, den wir hier führen, indem wir für die Freiheit der Wissenschaft eintreten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. **Lenzmann** (Freis. Volksp.) wendet sich gegen die Behauptung, daß er geheimer Antisemit sei. — Herr Ledebour hat gesprochen, als ob er sich auf dem sozialdemokratischen Parteitag befinde. Er hat nichts widerlegt von dem, was ich gesagt habe. (Ruf bei den Soz.: Da hört doch wirklich alles auf!) — Wie Herr Ledebour, der als mein früherer Parteigenosse mich doch besser kennen sollte, mir den Vorwurf der Denunziation machen konnte, ist mir völlig unerfindlich. Die Photographie an sich ist doch nicht strafbar und es ist sehr zweifelhaft, ob der Stadtkommandant Erfolg haben wird, wenn er gegen die Blätter, die an das Bild Redigionen geknüpft haben, Strafanträge stellt. Ich brachte die Sache nur vor, weil der Linken einschüchternd der Liberalen vorgeworfen wurde, sie arbeite mit einem unrichtigen Bilde. Wenn mich Herr Ledebour als höfischen Speichelleckr hinstellt, so erwidere ich darauf: Stoß nach unten, stolz nach oben — Mutig tadeln, was zu loben — Mutig tadeln, was zu tadeln — Das nur kann den Menschen adeln. (Beifall bei den Freisinnigen.)

Abg. Dr. **Hieber** (natlib.): Die Anwendung des § 166 führt in der Praxis zu einer ungleichen Behandlung der Konfessionen. Das deutsche Volk wäre nicht mehr wert, deutsch zu heißen, wenn es die Beschimpfungen der protestantischen Vergangenheit ruhig auf sich nähme. Uebrigens soll ja nur der zweite Teil des § 166 abgeschafft werden. Damit sympathisieren wir. (Bravo! bei den Natlib. und Freis.)

Abg. **Ledebour** (Soz.): Ich kann Herrn Lenzmann durch Verlesung von Schriftstücken beweisen, daß die Veröffentlichung des Bildes gegen den Willen des Architekten erfolgt ist. Ich fordere also Herrn Lenzmann auf, seine Behauptung zurückzunehmen. Bestehen bleibt, daß Herr Lenzmann seinen ganzen Angriff nur unternommen hat, um zu beweisen, daß er mit der umstürzlerischen Gesellschaft nichts zu tun habe. Das ist die richtige Stammtischpolitik: Erst auf die Regierung schimpfen und dann weit abrücken von der Sozialdemokratie! (Sehr richtig! bei den Soz.)

Abg. **Werner** (Antis.): Herr Lenzmann macht durchaus den Eindruck eines urgermanischen Bierphilisters; ich freue mich, ihn als Parteigenossen begrüßen zu können. (Heiterkeit.)

Abg. **v. Kardorff** (Reichsp.) schließt sich dem Abg. Hieber an, daß der § 166 eine Inparität zwischen der evangelischen und der katholischen Kirche bedeute. Diese schade aber der evangelischen Kirche nicht, und daher sei er für Aufrechterhaltung des § 166.

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt

Abg. **v. Gerlach** (Freis. Vgg.): Herrn Bruhn gegenüber bemerke ich, daß ich nie in meinem Leben ein Hehl daraus gemacht habe, daß ich die politische Kinderkrankheit des Antisemitismus glücklich durchgemacht habe.

Abg. **Lenzmann** (Freis. Volksp.): Ich freue mich, daß Herr Werner mein Germanentum anerkannt hat. Wegen dieser Anerkennung schenke ich ihm den Bierphilister. Herrn Ledebour gegenüber bemerke ich, daß ich meine Informationen für ebenso glaubhaft halte, wie er die seinen. Ich habe mein Material jetzt nicht zur Stelle, da ich nicht annehmen konnte, daß ich heute, nachdem Abg. Stadthagen mich gewiß nach seiner Ansicht am Sonnabend schon getötet hatte, noch einmal hingerichtet werden sollte. (Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung wird hierauf die Resolution Müller-Meiningen über das Fremdenrecht und der Antrag Erzberger auf Vornahme einer Statistik über die Gefangenenarbeit angenommen.

Titel 1 und ebenso der Rest des Justiz-Etats werden genehmigt.

Hierauf vertagt sich das Haus auf Dienstag, 1 Uhr. (Etats des Reichsschatzamts und der Reichs-Eisenbahn-Verwaltung).

Schluß 6 Uhr.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 16. Januar 1904, nachmittags 4 Uhr.
Vorsteher: Professor Dittenberger.

Eingänge:

Eine Petition des Pächters vom Stadttheater-Restaurant Meißner wurde der Finanzkommission überwiesen. Von einer Einladung des Rektors der Universität zur Geburtstagsfeier des Kaisers wurde Kenntnis genommen.

Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde in die

Wahl der Kommissionen

eingetreten. Dieses Jahr waren zumeist nur Ersatzwahlen vorzunehmen an Stelle der als Stadtverordnete ausgeschiedenen Herren Jentsch, Bethke, Hildebrandt und Kortüm. Die „Kommissions-Kommission" machte die Vorschläge, die meist debattelos angenommen wurden. Die von den Sozialdemokraten gemachten Vorschläge fanden nicht die genügende Unterstützung von zehn Stimmen, die seit vorigem Jahre durch Einschaltung des Hänge-Paragraphen in die Geschäftsordnung (Antrag Kohlschütter-Keil) erforderlich sind. — Die 30. Kommission war die zur Prüfung dreier im Ratskeller zum Ausschank gelangenden Weinsorten.

Stadtv. Thiele: Es ist zu vermissen, daß uns nicht jährlich ein Bericht vorgelegt wird über die Tätigkeit der zahlreichen Kommissionen und Deputationen. Viele derselben sind das ganze Jahr über nicht zusammengetreten und erscheinen deshalb als überflüssig. Ganz besonders nötig wäre es, einen Bericht über die Tätigkeit der merkwürdigen „Weinprüfungskommission" zu erhalten, die ihresgleichen wohl nicht mehr in Mitteldeutschland findet. In den Bericht wäre a. B. aufzunehmen eine wissenschaftliche Untersuchung, beim wie vielten Glase Wein von jeder Sorte man das Pflaster auf dem Markte als vorzüglich findet (Heiterkeit), ferner beim wie vielten Glase man das richtige Verständnis für die soziale Frage erhält usw. Will die Kommission ihre Tätigkeit nicht in dieser Weise wissenschaftlich ausbauen, so mag sie gestrichen werden.

Bürgermeister v. Holly: Auf die billigen Witze des Herrn Vorredners werde ich nicht eingehen. Wir sind zur Einsetzung der Kommissionen kontraktlich verpflichtet und haben darauf zu achten, daß das Publikum im Ratskeller einen preiswerten guten Wein bekommt.

Stadtv. Krüger befürwortet gleichfalls die Streichung der Kommission, die nur eine Bevormundung des Ratskellerwirtes bedeute.

Stadtv. Thiele macht nochmals Front gegen diese überflüssige Kommission und fragt, ob denn Ermittelungen darüber angestellt worden seien, daß das Publikum die hier von der „hohen Kommission" geprüften Weine auch bevorzuge.

Bürgermeister v. Holly: Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß immer mal eine Nachbestellung kommt.

Die Versammlung lehnte gegen die sozialdemokratischen Stimmen die Streichung der Kommission ab.

Zu verschiedenen Kommissionen wurden seitens der sozialdemokratischen Mitglieder Anträge gestellt, die aber durchgängig abgelehnt wurden. Man kam mit den üblichen Schlußanträgen und erzielte dadurch, daß einmal sogar dem Vorsteher das Wort abgeschnitten werden sollte, denn nur Herr Dittenberger war noch gemeldet. Auch die Fragestellung zu einigen Kommissionen durch sozialdemokratische Mitglieder scheint Herrn v. Holly unangenehm gewesen zu sein, denn er gebrauchte einmal die Redewendung: „Da der Herr Vorsteher gestattet hat, solche Fragen zu stellen" rc. Der Herr Vorsteher schien die v. Hollysche Kritik seiner Geschäftsführung überhört zu haben.

Nach Erledigung der Wahl der Kommissionen beantragte Stadtv. Emmer, den Punkt 2 der Tagesordnung, die Kanalbenutzungsgebühr, als 21. (letzten) Punkt der öffentlichen Sitzung zu verhandeln. Da aber die Referenten des Punktes nicht anwesend waren, mußte die Angelegenheit so wie so vorläufig ausgesetzt werden. Nachträglich, als die Herren Heiser und Lembier erschienen waren, nahm Stadtv. Krüger den Antrag Emmer wieder auf und beantragte erneut, vor der weiteren Besprechung der Kanalbenutzungsgebühr erst die übrigen Punkte zu erledigen, um dann am nächsten Montag „mit erneuter Kraft" an die Gebühr herangehen zu können.

Oberbürgermeister Staude: Ich bitte um Ablehnung der Vertagung, da die Sache doch einmal fertig werden muß und es noch Wochen und Monate dauern könnte, bevor sie in dem sicheren Hafen ist.

Die Vertagung wird abgelehnt.

Der Ankauf des fiskalischen Teils vom Galgenberge.

Der Referent, Stadtv. Stephan, beantragt im Namen der Baukommission den Ankauf. Die Stadt soll 20000 Mk. zahlen und der Verschönerungsverein will 10000 Mk. dazugeben.

Stadtv. Emmer: Es ist anerkennenswert, daß der Verschönerungsverein 10000 Mk. zum Ankauf des Galgenberges geben will. Trotzdem möchte ich dabei bleiben, daß wir nicht mehr geben, als der Regierung früher geboten worden ist, nämlich 25000 Mk. Wir waren dadurch 5000 Mk. Wenn wir den Beschluß aussetzen, dann wird die Regierung schon nachgeben. Was der Fiskus bezüglich der Ausbeute des Steinbruchs gesagt hat, ist unrichtig; denn der gute Stein ist abgebaut und die Regierung würde bei Neuverpachtung des Steinbruchs kaum die Hälfte des bisherigen Pachtpreises (1800 Mk.), auf den sie ihre zu hohe Forderung (30000 Mk.) stützt, erzielen. Sollte man jetzt die Erwerbung dennoch beschließen, dann möge man mehr Gewicht auf Spielplätze für die Jugend legen.

Vorsteher Dittenberger: Ich bitte, dem Beschlusse beider Kommissionen zuzustimmen, denn der Verschönerungsverein hat die 10000 M. gegeben, damit die Erwerbung möglichst schnell geschehe. Man würde nicht dankbar handeln, wollte man das gebotene Geschenk nicht sofort verwenden. Dem Vorsitzenden des Verschönerungsvereins, Herrn Amtsgerichtsrat Dr. Bindseil, möchte ich von dieser Stelle für sein Wirken besonders herzlichen Dank aussprechen. (Zustimmung.)

Stadtv. Osterburg: Die Ausbeute des Steinbruchs ist nicht so vorteilhaft, wie der Fiskus vorgelegt hat. Aber dies soll nicht ein Grund sein, jetzt gegen den Ankauf zu reden. Ich möchte aber wissen, ob dem Verschönerungsverein bezüglich der Anpflanzungen Konzessionen gemacht worden sind. Die Jugend muß bezüglich anzulegender Spielplätze mehr berücksichtigt werden. Bis jetzt sind die Anpflanzungen des Verschönerungsvereins — die sonst anzuerkennen sind — vielfach ein Hindernis in der Bewegung für die Jugend gewesen. Ueberall sind Wege angelegt, so daß die Jugend sich bei ihren Spielen, wie Drachensteigen, Ballspiel u. s. w., nicht mehr frei bewegen kann.

Die Stadtv. Spindler und Grote empfehlen den Ankauf und sprechen dem Verschönerungsvereine Dank aus.

Stadtv. Krüger: Meine Herren, wir wollen dem Verschönerungsverein keineswegs hinderlich sein, sondern möchten nur eine Direktive geben für das fernere Wirken des Verschönerungsvereins. Wir wünschen keine kompakte Bepflanzung des Berges, sondern mehr ungebundene Freiheit in den Anlagen. Und wenn die Herren vom Verschönerungsverein unsere Ansichten hören, so werden sie doch jagen müssen, die sozialdemokratische Kritik war nicht unberechtigt.

Stadtv. Stephan meint, die Spielplätze im Bürgerpark wären so schön, daß man Spielplätze auf dem Galgenberge sehr gut entbehren kann. Der große Steinbruch im Osten mit 15000 Quadratmetern Fläche kann als Schuttabladeplatz benutzt und dadurch um einen Meter höher gelegt werden. Das wäre erwünscht, da uns solche Abladeplätze fehlen.

Bürgermeister von Holly: Der Magistrat muß die vom Verschönerungsverein geplanten Anlagen billigen und wird die Wünsche betreffs Anlage von Spielplätzen im Auge behalten.

Das Kollegium stimmt dem Ankauf nach den Vorschlägen der Kommission einstimmig zu.

Die Kanalbenutzungsgebühr,

die zum vierten Male das Kollegium beschäftigte, führte nochmals zu recht interessanten Auseinandersetzungen. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Kollegiums beteiligten sich recht lebhaft an der Debatte und erreichten, daß mehrere ihrer Verbesserungsanträge angenommen wurden. Die Nichterfüllung der Pflichten, die die Ordnung vorschreibt, will der Magistrat mit 30 Mk. ahnden. Der Stadtv. Osterburg beantragt, nur eine Strafe von 5 Mk. festzusetzen. Das Kollegium beschloß aber 30 Mk. Strafe zahlen zu wollen.

Neuterst interessant wurde die Debatte bei der Beratung über den letzten Paragraphen (§ 12) der Vorlage, der verlangt: Diese Gebührenordnung tritt bezüglich des § 10 mit ihrer amtlichen Bekanntmachung, im übrigen mit dem 1. April 1905 in Kraft.

Stadtv. Grote beantragt nach längeren Ausführungen die Beschlußfassung über § 12 der Ordnung auf 3 Jahre nämlich bis zum Jahre 1908 auszusetzen. Er begründet seinen Antrag ziffernmäßig damit, daß bis dahin größere Deckungsmittel für die Kanalarbeiten aus laufenden Mitteln nicht nötig sind. Im nächsten Jahre handle es sich nur um einige Tausend Mark für Gehälter. Von den aus der Anleihe bewilligten 90000 Mk. komme die Hälfte auf eigentliche Kanalarbeiten, die andere auf Pflasterungen. Letztere Summe könne erst in mehreren Jahren verausgabt werden, da sich erst das Erdreich bei der Tiefe des Kanals richtig setzen müsse. Von der zweiten Hälfte seien bisher nur etwas über 200000 Mk. verwendet worden. Es sei also durchaus nicht nötig, jetzt schon die neue Steuer, für die er ja vollständig sei, in Kraft treten zu lassen. — Bei Ablehnung seines Antrags beantragt Redner, die Beschlußfassung bis zur Fertigstellung des diesjährigen Haushaltsetats auszusetzen.

Bürgermeister v. Holly: Meine Herren, der Antrag, die Beschlußfassung bis 1908 auszusetzen, ist nicht offen und ehrlich, der kommt so von hinten herum. Der kann unmöglich ernst gemeint sein. Bitte lehnen Sie die Anträge ab.

Vorsteher Dittenberger: Ich bin maßlos erstaunt, daß der Antrag in diesem Stadium kommt. Würden wir den Antrag annehmen, so dokumentierten wir damit, daß wir bei der Beratung unsere Zeit unnütz verschwendet haben. Da haben doch die Gegner der Vorlage, die vorher alles

---

es sich auf seinem Lehnstuhle wieder um und schlief bald wieder ein, indem es die Puppe zärtlich an sich drückte.

Als haushälterischer Landbewohner faltete Guckert das Papier, das als Umschlag gedient hatte, mechanisch wieder zusammen und legte es auf einen der auf dem Tische stehenden Teller. Die Unterhaltung wurde bald lebhaft. Und um allen etwaigen Spionierereien vorzubeugen, riegelte Rose die Türe zu. Der Gendarm scherzte nicht. Ein Dorfbewohner war noch neulich mit einigen Tagen Gefängnis bestraft worden, weil er in herausfordernder Weise einen Beinkleiderstrick mit den französischen Farben getragen hatte.

Guckert war jetzt in vollem Zuge, seinen preußenfeindlichen Gesinnungen Ausdruck zu geben.

„Ja," sagte er, „wir opfern unsere Zeit, unser Leben, unser Geld für einen Kampf ohne Gnade gegen die Preußen. Wir wollen. . . ."

In seinem Redeseuer wurde er unterbrochen. Es klopfte an die Tür.

„Das ist sicher der Lehrer," sagte der Fleischer. „Er wird etwas gemerkt haben. Man hat uns diesen Deutschen geschickt, daß er uns ausspioniert. Hütet Euch vor diesem Jesuiten, der mit aller Welt freundlich tut und dabei alle Welt verrät."

Rose ging, um den Riegel aufzuschieben.

„Sieh' da, der Herr Pfarrer!" rief sie ganz erstaunt.

„Da merkt man, daß volles Vertrauen herrscht!" entgegnete der Priester lachend. „Es ist, glaube ich, das erste Mal, daß man in diesem Hause die Türe verriegelt."

Alle hatten sich erhoben und begrüßten lebhaft den Geistlichen.

„Herr Gott! Es sind ja mehr als zwei Monate, daß man Sie nicht gesehen hat, Herr Pfarrer," rief der alte Schilling. „Wann hat man Sie losgelassen?"

„Ach! Sie fehlten uns sehr, Herr Pfarrer," jammerte die alte Mutter.

„Nun, wo der Herr Jesus hat Ihnen bei dieser bösen Geschichte nicht geholfen?" scherzte Guckert in freundschaftlichem Tone.

Der Abbé lächelte, denn er freute sich über den herzlichen Empfang. Dann wandte er sich an Hans Schilling:

„Ich bin eben jetzt zurückgekehrt. Auf dem Presbyterium erfuhr ich, daß Herr Stockmann hier sei. Ich habe es nicht aufschieben wollen, ihn zu begrüßen."

Zugleich drückten sich die beiden Männer die Hände.

„Nun, dann haben Sie ja noch nicht gegessen?" fragte Hans Schilling. „Essen Sie mit uns Abendbrot!"

Bevor der Priester geantwortet hatte, brachte Rose ein Gedeck mit einem Laib Brot und einer Flasche Weißwein.

Ohne sich lange nötigen zu lassen, band sich der Priester eine weiße Serviette vor. Und mit vollem Munde antwortete er auf die Fragen.

Ungefähr vor zwei Monaten war der Curé Gassel eines Morgens durch die Gendarmen abgeführt worden. Er war angeklagt worden, von der Kanzel herunter aufreizende Reden gegen Deutschland gehalten zu haben. Infolge eines gerichtlichen Urteils war er zu einer einmonatlichen Festungshaft verurteilt worden, die er in Bitsch verbüßen mußte. Dort hatte er sich so schlecht geführt, daß man noch einen Monat über ihn verhängte.

„Ich bin nicht zu unglücklich gewesen," erzählte er. „Und was das von Guckert Gesagte betrifft: unser Herr Jesus hat mir geholfen in dieser Trübsal, denn er hat mich Geduld gelehrt."

Stockmann, der die Einzelheiten des Vorfalls nicht kannte, bat um Aufsuhr.

„Der Bischof von Nancy," sagte der Abbé Gassel, „hatte eine Aufforderung erlassen, die uns aus demselben Grunde geriet, wie sie den Preußen mißfiel. Eine Anzahl von Pfarrern haben diese Bekanntmachung ihren Gläubigen vorgelesen. Diese Pfarrer sind alle verhaftet worden. Die Festung Bitsch ist jetzt der Zusammenkunftsort der Geistlichen. Vauban, der dieses Festungswerk baute, hat nicht daran gedacht, daß das, was er hier errichtete, eines Tages ein Gefängnis für die Geistlichkeit werden sollte. . . . Ich habe dort den Curé Klein von Oron getroffen, den Abbé Demisse, den Abbé Thouvenin von Ars an der Mosel, den Abbé Geser von Lißheim, den Abbé Tanneur von Haraucourt an der Seille, den Curé von Juville, den von Baudrecourt, von Lemoncourt . . . und Regaldin und Jinquerie. Pierson, Marville, Francois, Galland und viele andere noch, fast alle Freunde vom Seminar her. Das war eine wahre Familien-Zusammenkunft. . . . Ah! Die Preußen wollen uns verfolgen! Sie behaupten, daß die elsäßisch-lothringische Geistlichkeit die Germanisierung aufhalte. Sie täuschen sich nicht, aber wenn sie glauben, daß sie uns dadurch irre machen könnten, wenn sie uns ins Gefängnis sperren, so täuschen sie sich. Alle die auf der Festung Bitsch vereinten Curés haben geschworen, daß von nun an erst recht jedermann gegenüber die Aufgabe ihres Lebens sein sollte, in den Herzen das Andenken an Frankreich wachzuhalten und die Hoffnung auf Revanche zu predigen."

„Sehr gut, bravo!" unterbrach der dicke Schlachter die Rede.

„Und die Preußen werden etwas Schönes zu tun bekommen. Die Elsässer und die Lothringer werden Franzosen bleiben. Der Bischof von Straßburg, Mgr. Roeß, hat im Reichstag erklärt, daß sein Klerus den Frankfurter Frieden anerkennt. Weder ein Bischof, noch ein Erzbischof, noch ein Kardinal, ja selbst nicht unser heiliger Vater kann uns zwingen, unsere Hoffnungen aufzugeben und zu billigen, daß Geweit vor Recht geht. . . . In Bitsch hat mir ein Domherr gesagt, daß die Verfolgungen gegen die Kirche sich über ganz Deutschland ausdehnten, daß wir also kein Vorrecht genossen, und daß die Gesamtheit der Maßregeln, die man den Kulturkampf nennt, sich gegen den Klerus richte. Ich habe geantwortet, daß mich das Unglück der Geistlichen in Berlin sehr kalt ließe. Ketzer oder Katholik, ein Preuße ist und bleibt ein Preuße, ein Feind, und ich hätte ebensowenig Lust, mich mit dem zu beschäftigen, was diese Lümmel dort machen, als es meine größte Freude wäre, nicht von ihnen sprechen zu müssen. . . . Das ist's, was sich dem Domherrn in Bitsch gesagt habe. Er hat mir geantwortet, daß ich unrecht hätte, . . . daß die Interessen des gesamten Klerus eng verbunden seien. Alles dies sind nur Redensarten. Für mich handelt es sich nur um eines: ich bin Franzose gewesen, ich bin es nicht mehr, ich will es wieder werden."

„Hörst Du, Kaspark" fragte der Schlachter, sich an seinen Sohn wendend.

„Und ich werde mein Möglichstes tun," fügte der Abbé Gassel hinzu, „daß die Beichtkinder meines Dorfes, meine Angehörigen, meine Freunde und ich selbst wieder Franzosen werden."

„Warum sind Sie denn in Bitsch zwei Monate geblieben, anstatt nur einen?" fragte Stockmann.

„Der Offizier, der uns beaufsichtigte," antwortete der Priester, „näherte sich mir eines Tages, um eine Unterhaltung anzufangen. Er fand nichts Besseres, als mir sein Erstaunen über den Widerstand des französischen Klerus auszudrücken. „Ich verstehe Sie nicht," sagte er, „daß Sie alle in Ihren Kirchen kleine, unnütze patriotische Kundgebungen veranstalten. . . ." Ich antwortete ihm, daß ich das sehr gut verstände, was er nicht begriffe. Er forderte eine Erklärung, und ich antwortete ihm mit einem Blicke, der offenbar sehr deutlich meine Gefühle angedeutet hat: „Sie verstehen dies nicht, mein Herr, weil Sie sich nicht vorstellen, wie grob und barbarisch uns die Deutschen erscheinen." Am folgenden Morgen kündigte man mir an, daß meine Festungshaft in Bitsch verdoppelt wäre. Das ist meine Geschichte!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050118-13/fragment/page=0006

gegen die Gebührenordnung ins Feld geführt haben, ehrlicher gehandelt.

Stadtv. Emmer: Es ist ja richtig, daß man das Pferd nicht beim Schwanze aufzäumen soll und der Herr Vorsteher hat ganz recht, was er bezüglich des Antrages Grote sagt. Der Antrag Grote ist aber ein Produkt der Agitation in der Bürgerschaft gegen die Gebührenordnung. Herr v. Holly möchte sein ungeratenes Kind schon heute abend mit nach Hause nehmen. Wir tun aber viel besser, wir bringen das ungeratene Kind schon heute abend um die Ecke. (Große Heiterkeit.) Vielleicht verzichtet Herr v. Holly auf die seiner Meinung nach erforderlichen 90 000 M., die er unter Umständen noch aus dem Etat herausquetschen kann. (Stadtv. Thiele: „Der mag die 90 000 M. nun gar nicht mehr haben.“ Heiterkeit.)

Herr v. Holly wirft den Sozialdemokraten vor, daß die Arbeiter häufig für Dinge Geld ausgeben, die nicht notwendig sind. Die Arbeiter könnten die Gebühr sehr wohl tragen. Die Gegner der Vorlage möchten doch nicht immer so eigennützig sein. Die Hausbesitzer stehen meist so wenig günstig da, daß man ihnen nicht noch die neue Last aufbürden kann. (Zustimmung.)

Vorsteher Dittenberger: Ich darf wohl annehmen, daß Herr v. Holly nicht den Mitgliedern des Kollegiums den Vorwurf der Eigennützigkeit hat machen wollen. Er hat mit den „Gegnern“ hoffentlich nur Personen gemeint, die außerhalb des Kollegiums stehen. (Heiterkeit. Zuruf: Natürlich! Wie könnte es Herr v. Holly anders meinen!)

Stadtv. Grote verwahrt sich entschieden gegen den Vorwurf des Herrn v. Holly, nicht offen und ehrlich vorgegangen zu sein, und beschwert sich darüber, daß der Vorsteher ihn nicht gegen diesen Verdacht geschützt habe. Schon in der Kommission und später habe er wiederholt erklärt, daß er das Inkrafttreten der Ordnung hinausschieben wolle.

Stadtv. Thiele bestätigt, daß Herr Grote schon vor Weihnachten davon gesprochen habe, er wolle beantragen, die Erhebung der Gebühr auf Jahre hinauszuschieben. Nicht Unehrlichkeit sei Herrn Grote vorzuwerfen, sondern eine gänzlich falsche Taktik, wenn er glauben konnte, es werde ihm gelingen im letzten Moment die Vorlage zu Falle zu bringen. Sachlich habe Herr Grote völlig recht, denn eine Notwendigkeit für Inkrafttreten der Steuer liege jetzt nicht vor. Es wäre höchst bedenklich, dem Magistrat eine so wuchtige Keule in die Hand zu geben, mit der er bei einem Prozent 170 000 bis 200 000 Mk. aus der Bürgerschaft herausschlagen kann. Das Kollegium habe auch die Pflicht, die immer weiter um sich greifende Opposition gegen die Vorlage zu berücksichtigen.

Stadtv. Döhler ist für den Antrag Grote, mindestens solle dem Eventualantrag zugestimmt werden. Er beantrage, die Abstimmung über die ganze Vorlage namentlich vorzunehmen.

Stadtv. Glimm: Der Antrag Grote ist unlogisch und unjuristisch. Es könnte wohl beschlossen werden, die Steuer solle erst 1906 in Kraft treten, aber die Ausletzung der Beschlußfassung bis dahin sei undenkbar, denn das jetzige Kollegium sei dann an keinen der bisher gefaßten Beschlüsse gebunden und könne dann die ganze Gebühren-Ordnung umwerfen.

Nach einem umfangreichen Schlußwort des Korreferenten Stadtv. Lembier, der für unveränderte Annahme des Magistratsantrags eintritt, obwohl er sich der Bedenken gegen die Vorlage nicht verschließt, wird die Debatte geschlossen und zur Abstimmung geschritten. Ueber die Art derselben erhebt sich aber nochmals eine sehr umfangreiche Geschäftsordnungsdebatte. Erst nach ½9 Uhr beginnt die Abstimmung.

Der Antrag Grote, die Beschlußfassung über den § 12 bis 1908 auszusetzen, wird gegen 7 Stimmen abgelehnt.

Der Eventualantrag Grote, die Beschlußfassung über § 12 bis nach Fertigstellung des Etats für 1905 auszusetzen, wurde mit 29 gegen 20 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Schmidt, ein besonderes Kanalkonto anzulegen und die Erträge der Kanalgebühr lediglich für dieses Konto zu verwenden, wurde fast einstimmig angenommen.

Der Antrag Schmidt, die Hausbesitzer erst dann zu der von ihnen zu erhebenden Gebühr heranzuziehen, wenn die gesamte Kanalisation samt Kläranlage fertiggestellt sein wird (also erst in etwa 8 Jahren, wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Der Magistratsantrag, die Kanalgebühr für die Mieter bereits am 1. April 1905 in Kraft treten zu lassen, wurde mit etwa 30 Stimmen gegen 20 angenommen.

Der Antrag Thiele auf Vornahme einer zweiten Lesung der Paragraphen 2 und 3 wurde gegen 10 Stimmen (fünf Sozialdemokraten, Giese, Spindler, Merkwitz, Herzfeld, Meyer) abgelehnt.

Stadtv. Krüger forderte nunmehr den Referenten Heiser auf, doch die von den beiden Protest-Versammlungen angenommene und ihm zur Berichterstattung übergebene Resolution zur Kenntnis des Kollegiums zu bringen.

Stadtv. Heiser tut das, indem er nur resümierend über den Inhalt berichtet und hinzufügt, in der Hauptsache gebe die Resolution nur das wieder, was die Stadtv. Thiele und Krüger bereits vorgebracht hätten.

Die ganze Vorlage wurde hierauf mit 37 gegen 14 Stimmen angenommen.

Dafür stimmten Aßmann, Baumert, Berghaus, Blumentritt, Bruß, Dehne, Dittenberger, Engelcke, Fischer, Föhring, Giese, Glimm, Gretzler, Gygas, Haase, Heiser, Kallmeyer, Klopfleisch, Knabe, Kobe, Kobert, Lehmann, Lembier, Lindner, Merkwitz, Meyer, Nesse, Noßky, Probst, Rammelt, Reck, Reiling, Riediger, Roth, Steckner, Stephan, Zell.

Dagegen stimmten Bangert, Daniel, David, Döhler, Emmer, Gertz, Grote, Herzfeld, Krüger, Lüderitz, Osterburg, Steber, Spindler, Thiele.

Es fehlten: Frenkel, Hertel, Hofmeister, Keil, Kohlschütter, Kortüm, Pfautsch, Schmidt, Wolf.

Nunmehr erfolgte ¾9 Uhr Schluß der Sitzung.

Halle und Saalkreis.

Halle, 17. Januar.

Die neue Mietsteuer.

Die Schlacht um die neue Mietsteuer, vom Magistrat Kanalgebühren-Ordnung getauft, ist beendet. Mit 37 gegen 14 Stimmen wurde gestern abend ¾9 Uhr die Vorlage mit geringfügigen Veränderungen in namentlicher Abstimmung angenommen. Die Stande-Hollysche Gemeinwohl-Politik ist um eine vollentwickelte Blüte reicher. Der in letzter Minute noch angenommene Antrag des Stadtv. Schmidt, von den Hausbesitzern die Gebühr erst zu erheben, wenn die gesamte Kanalisation vollendet sein wird, also in sechs bis acht Jahren, läßt den krassen Charakter der ganzen Steuer in noch häßlicherem Lichte erscheinen. Die Stimmung im Kollegium war im letzten Stadium der Beratung der Vorlage durchaus nicht günstig aber fast schien es, als fürchte man sich vor der Blamage, vier Sitzungen an die Mißgeburt verwendet zu haben und schließlich zu einem Nein zu gelangen. Als von sozialdemokratischer Seite der Antrag gestellt wurde, zuerst über die Magistratsfassung des § 12 abzustimmen, da bei Annahme derselben die anderen Anträge gefallen seien, erhob sich lebhafter Protest, und der Vorsitzende erklärte, wenn der Magistratsantrag falle, bleibe zu überhaupt kein selbständiger Antrag mehr übrig. Das war richtig, und davor fürchtete man sich. Der Antrag Grote, die Beschlußfassung über § 12 bis 1908 auszusetzen, wurde abgelehnt gegen wenige Stimmen. Grotes Eventualantrag, über das Inkrafttreten der Steuer zu beschließen, wenn die Etatberatung beendet sei, vereinigte nur 20 gegen 29 Stimmen auf sich. Nun blieb weiter nichts übrig als der Magistratsvorschlag, die neue Mietsteuer bereits am 1. April d. Js. in Kraft treten zu lassen. Nachdem durch Annahme des Antrags Schmidt die Hausbesitzer noch auf lange Jahre hinaus von ihrer besonderen Beitragspflicht entbunden worden waren, fand der für die Mieter noch verschlechterte Magistratsvorschlag mit Hurra und Hussa fast einstimmige Annahme.

Die Sozialdemokraten hatten von Stellung eines eigenen Antrags über das Inkrafttreten der Mietsteuer absehen müssen, da sie grundsätzlich gegen die Steuer sind, also nicht die Hand bieten durften, daß die Steuer irgendwann zur Erhebung gelange.

Wie verworren zuletzt die Situation war, ergab sich daraus, daß nach Eintritt in die Abstimmung noch eine reichlich viertelstündige Geschäftsordnungsdebatte einsetzte, an deren Schluß Herr Lembier als Korreferent sein mit reichlichen wenn und aber, einerseits und andererseits gespicktes Schlußwort nahm.

Die unglücklichste Rolle spielte in den Schlußzigenen Herr Grote, welcher in dem Wahn befangen war, es müsse ihm gelingen, in letzter Minute dem rollenden Stein Halt zu gebieten. Schon vor vier Wochen haben wir ihm an dieser Stelle vorausgesagt, daß seine Taktik die möglichst verkehrte sei. Nun hat er den Beweis und die Nackenschläge obendrein.

Herr v. Holly schien durchaus nicht siegesgewiß zu sein. Er verweilte während der Schlußberatung wiederholt in den Bänken der Stadtverordneten, sprach mit dem und konferierte mit jenem. In seinen letzten Reden ging er auf die Sache fast nicht mehr ein sondern „nahm alle Kraft zusammen, die Lust und auch den Schmerz“. Die Lust, indem er nochmals auf die Arbeiter einhieb, die recht wohl die paar Groschen Mietsteuer zahlen könnten, zumal sie „für andere Zwecke“ genug Geld übrig hätten, den Schmerz, indem er das Elend der meisten Hausbesitzer hervorhob, denen keine Erhöhung der Realsteuern aufgebürdet werden könne. „Meine Herren, entscheiden Sie! Lehnen Sie die Vorlage ab, so wird sich der Magistrat zu fügen wissen. Dann müssen aber Einkommen- und Realsteuern erhöht werden. Wir im Magistrat kommen als Personen sogar besser weg, wenn der Mehrbedarf auf die Einkommensteuer geworfen wird.“ Lächelnd setzte sich Herr v. Holly. Seine Argumente wirkten auf die Mehrheit dieser Versammlung. Er kennt sie; er beherrscht sie. Einige Seitenhiebe auf den Eigennutz — nicht auf den der Grundstücksbesitzer, sondern auf den der Mieter — vervollständigten die Wirkung — das Werk war vollbracht. Der Wunsch unseres Genossen Emmer, man möge das ungeratene Kind Hollys möglichst schnell um die Ecke bringen, fand nicht Erfüllung.

Wenn sich jemals der Klassencharakter dieses Dreiklassen-Kollegiums gezeigt hat, dann gestern. Von den „Erstklassigen“ stimmte nur Herr David für Verwerfung der Vorlage, von den Vertretern der zweiten Wählerklasse waren es die Herren Bangert, Daniel, Herzfeld, Lüderitz und Spindler; die anderen acht Gegner waren Vertreter der dritten Klasse Da sich unsere fünf Genossen unter den acht befanden, blieben nur drei bürgerliche Gegner aus dieser Klasse übrig.

Der Kampf im Stadtverordnetensaale ist zu Ende; der Kampf in den Gerichtssälen um die Giltigkeit der Mietsteuer wird beginnen. Bahn-, Post- und Justizfiskus, die Hauptbeteiligten, werden dem Magistrat etwas husten, aber keine Kanalgebühr zahlen. Der vermeintlichen Blamage durch Ablehnung der Vorlage ist man gestern ausgewichen; die wirkliche Blamage durch die Ungiltigkeitserklärung der „Ordnung“ kann kaum ausbleiben. Bei den Stadtverordneten-Wahlen im November werden die Arbeiter ihre Gegenrechnung zu präsentieren haben.

Die öffentliche Gewerkschafts-Versammlung,

die morgen, Mittwoch, im Konzerthaus stattfindet, wird sich neben der Berichterstattung des Arbeitersekretärs und der Aufsichtskommission für das Sekretariat, sowie Neuwahl derselben, noch mit einem sehr wichtigen Punkte: **Stellungnahme zum Bergarbeiterstreik,** befassen. Da eine eventl. Geldbewilligung bis zur nächsten Kartellsitzung nicht gut hinausgeschoben werden kann, wird um vollzähliges Erscheinen aller Vorstandsmitglieder, Delegierten, Vertrauensleute u. s. w. der Gewerkschaften ersucht. Hier ist schnelle Hilfe doppelte Hilfe, und hoffentlich wird sich auch diesmal wieder die so oft bekundete Opferwilligkeit der Hallescher Arbeiter bewähren.

Achtung, Gemeinderatswähler!

In einigen Orten des Regierungsbezirks Merseburg finden in diesem Jahre Gemeinderatswahlen statt. Die Wählerlisten haben infolgedessen vom 15. bis 30. Januar auszuliegen. In Völlberg ist mit dem Aushang der Wählerlisten bereits begonnen. Sehe sie jeder Wahlberechtigte nach, damit er bei den im März stattfindenden Gemeinderatswahlen sein Wahlrecht ausüben kann.

Religiöse Bekehrungsversuche.

Gen. Brandt schreibt uns: Am Montag voriger Woche besuchte mich der Oberpfarrer Schmidt von der Marktkirche und stellte an mich die Frage, welche Gründe vorhanden seien, daß meine zwei in die Schule gehenden Kinder nicht getauft sind oder ob ich aus der Landeskirche aus Prinzip ausgetreten sei. Als ich dem Pfarrer sagte, daß ich mit meiner Frau bereits im Jahre 1888 aus der Landeskirche ausgetreten sei und nicht zwei sondern acht Kinder nicht getauft sind, verabschiedete sich der Pfarrer Schmidt mit großer Verwunderung und bedauerte nach einer kurzen Unterhaltung, daß dieser Weg umsonst geweisen sei. Er betonte noch, er wundere sich, daß er nur die Herren Ebeling und Krüger in der Liste der Dissidenten verzeichnet gefunden habe, dieses Versehen, daß ich nicht verzeichnet wäre, könnte durch die letzte Volkszählung entstanden sein. — In letzter Zeit sollen übrigens bei mehreren Genossen derartige Besuche sich eingestellt haben, allerdings mit denselben Erfolge, wie beim Gen. Brandt.

---

* **Die Revision** gegen das Streikurteil, das den Maurer Gottschalg in Vorbitz zu 6 Wochen Gefängnis verurteilte, wurde vom Reichsgericht gestern verworfen. Unsere Leser sind seinerzeit über den Sachverhalt unterrichtet worden. Gottschalg hatte im Auftrage des Maurerverbandes den Maurermeister Jakob in Keuschberg ersucht, 33 Pf. Stundenlohn zu bezahlen, sonst würde der Verband die Sperre über seinen Bau verhängen. Das letztere sah das Gericht als Erpressung an und verurteilte Gottschalg zu der oben erwähnten hohen Strafe. Seine Revision war leider vergeblich.

* **Die gestohlene Pelzboa.** Die wohlhabende Bäckermeisterfrau Berta Steier, geb. Schnelle von hier, die kürzlich mit ihrer sonderbaren Tat die Presse beschäftigte, war gestern vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls angeklagt. Sie wird beschuldigt, in mehreren Kaufhäusern, so bei Brummer u. Benjamin, Nußbaum, Firma Ida Elze eine Pelzboa, zwei Paar Handschuhe, einen Muff, einen Schal, ein Blaud, eine Pompadour 2c. entwendet zu haben. Bei dem Boadiebstahl wurde die Frau bekanntlich erwischt. Sie behauptete, die Boa versehentlich mitgenommen zu haben, und will nicht wissen, wie das Ding auf ihren Rücken gekommen ist. Gelegentlich der Haussuchung wurden mehrere entwendete Sachen bei der Angeklagten vorgefunden. Seitens des Verteidigers der Angeklagten wurde beantragt, Frau Steier auf ihren Geisteszustand untersuchen zu lassen, da sie behaupte, an einer krankhaften Störung des Nervensystems zu leiden. Das Gericht hatte aber keine Bedenken bezüglich des Geisteszustandes der Angeklagten und verurteilte sie zu 14 Tagen Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 1 Monat Gefängnis beantragt.

* **Es hat geholfen.** Ueber die letzte Sitzung des Oberkriegsgerichts in Magdeburg hat der General-Anzeiger 114 Zeilen aufgebracht.

* **Ein Sittlichkeits-Verbrechen** beabsichtigte anscheinend am Sonnabend in der Bernhardstraße ein junger Mensch zu begehen, denn er lockte ein 4jähriges Mädchen in ein Haustor und machte sich mit ihm zu schaffen. Er wurde rechtzeitig verscheucht und ließ von seinem Opfer ab.

* **Ein 8jähriger Bergmannssohn,** Köthenerstraße wohnhaft, kam dadurch um sein Leben, daß er beim Nächtigen im Freien — er hatte sich unter eine Kohlenlowry versteckt — sich stark erkälterte und bald darauf starb. Der Junge hatte schon öfter heimlich die elterliche Wohnung verlassen und in der Nacht, bevor man ihn auffand, hatten die Eltern nach ihm gesucht. Er war bereits 10 Tage abwesend.

* **Einen Revolver** hatte sich ein Lehrling gekauft und ihn so „sicher“ gehandhabt, daß ihm eine Kugel einen Finger verletzte und eine kleine Wunde am Körper beibrachte. Er hatte zuerst angegeben, er sei von einem Unbekannten geschossen worden.

* **Aus dem Bureau des Stadttheaters.** Mittwoch nachmittag 3½ Uhr Klein-Dämmling. Die Preise der Plätze bewegen sich zwischen 20 Pf. und 1.30 M. Abends 7½ Uhr Oberon. — Die infolge Unpäßlichkeit des Frl. Brandow verschobene dritte Aufführung von Dreyers Drama Die Siebzehnjährigen wird am Freitag nachgeholt.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Mittwoch nachmittags 4 Uhr Extravorstellung zu Einheitspreisen von 60, 40 und 20 Pfg. Sudermanns Ehre; abends Wiederholung von Hermann Bahrs Komödie Der Meister, dargestellt von dem Ensemble des Leipziger Schauspielhauses. Donnerstag Der ungläubige Thomas.

* **Apollo-Theater.** Nachdem sich am Sonntag das Deutsch-Amerikanische Theater mit seinem Ausstattungsstück „Ueber'n großen Teich“ verabschiedet hat, begann am Montag ein neuer Spezialitäten-Spielplan. Das meiste Interesse nahm wohl mit Recht der Dressurakt Kapitän Rudolfs in Anspruch. Elefanten, Pferd und Hunde führten in bunter Reihe und einzeln die schwierigsten Künste aus. Das Publikum belohnte den Dressur mit reichem Beifall. Außer dieser Piece wies das Programm noch die verschiedensten Spezialitäten auf, u. a. Elise Hohenau als gute Soubrette, Steffen-Brothers, vorzügliche Akrobaten mit ihrer Neuheit als Korbspringer, Les Takitos, Serenadensänger und urkomische Glocken-Imitateure. Der Humorist Hans Girardet erregt mit seinen witzigen Vorträgen in sächsischer Mundart große Heiterkeit. Die 8 Phantom Guards (Geistergarde) stellten sich als gutes Damen-Gesangs- und Verwandlungs-Ensemble vor. Henry Kaiser unter Assistenz von Mlle. Eugenie bot Vorzügliches auf dem Gebiete der Jongleur-Kunst. Der Bühnenlufttakt Namdrour und Clemences konnte wegen zu spätem Eintreffens der Utensilien nicht ausgeführt werden. Den üblichen Schluß bildeten eine Reihe wohlgelungener lebender Photographien.

* **Im Walhallatheater** sind neue Künstler und Künstlerinnen eingezogen und ein Teil der alten „prolongiert“ worden, wie es an den Spielplänen heißt. Die Vermischung von Bekanntem und Unbekanntem verleiht dem diesmaligen Spielplane seinen besonderen Reiz. Den Löwenanteil am Beifall trug Lotte Mende mit ihren neten inhaltsreichen Kouplets davon. Sie serviert wirklichen Humor und weiß das Publikum zu fesseln. Das Gleiche gilt von Herrn Richard, dessen selbstverfaßte Vorträge Lokalcharakter tragen und so dem Hallenser etwas von Heimatkunst übermitteln. Die Wundergrottentänzerin Verat erzielte durch ihre Lichteffekte prächtige Farbenbilder und gab dem Auge Anschauliches und Fesselndes. Daß Meyters singende, pfeifende und musizierende Photographien sich wieder aufs sicherste bewährten, war nach den schon im letzten Spielplane gegebenen Proben nicht anders zu erwarten. Die amerikanischen Exzentrits Tups und die Equilibristiker Newjames jongten durch ihre Produktionen, daß auch die zu ihrem Rechte kamen, die weniger dem Gesange und der Komik hold sind. In diese Kategorie gehören auch die Ciottis, die mit Wagen und zwei Pferden auf der Bühne erschienen und für ihre Reitkunst Interesse beanspruchten. Das Tanz-Potpourri Montecinos verbindet akrobatische Uebungen mit hübscher Kostümierung. Die letztere sichert auch den weiblichen Kastelbindern den Erfolg, der „Massengesang“ in dieser Form vermag weniger die beabsichtigte Wirkung auszuüben. Als Soubrette verfügt Frl. Claire Hegel über eine hellklare Stimme und über glänzende Toilette. Die Bilder der deutschen Biokkop-Kompagnie bildeten den Schlußakt; erst um ¾12 Uhr konnte man nach Hause gehen. Das ist des Guten zu viel. Die Direktion kann ruhig um 11 Uhr aufgearbeitet haben, man wird ihr nicht böse sein.

Wettin. Gesinnungstüchterei in den Krieger-Vereinen ist ja nichts Neues mehr, aber in einem Vereine, welcher zum größten Teil aus Arbeitern besteht, ist sie doch etwas Neues. Der Schiffervereein zu Wettin, dessen Mitglieder sich zusammensetzen aus Korbmachern, Schiffseignern und Bootsleuten, hielt im vorigen Jahr, wie alljährlich, einen Ball ab, wozu auch unser Vertrauensmann von Mitgliedern eingeladen war; als unser Vertrauensmann den Saal betrat, wurde er vom Vorstand aufgefordert, den Saal zu verlassen; nur dem heftigsten Protest einiger Mitglieder ist es zu danken, daß er nicht gewaltsam hinausgeworfen wurde. Der Vorstand rechtfertigte sein Vorgehen damit, Betreffender könne ja dem Verein beitreten. Diesem Wunsche wurde entsprochen, und in der nächsten Vorstandssitzung ergab die Abstimmung ein Nein. Als nun in der nächsten Versammlung einige Mitglieder den Vorstand fragten, warum die Aufnahme verweigert werde, erklärte der Vorstand, das gehöre nicht hierher. Bemerkt sei noch, daß statutengemäß über die Aufnahme der Mitglieder nur der Vorstand entscheidet, und da der Vorstand aus Korbmachermeistern und Schiffseignern besteht, so war es ja nicht anders zu erwarten, zumal da der Korbmachermeister Hermann Broße, welcher unserm Vertrauensmann vor längerer Zeit wegen seiner politischen Tätigkeit maßregelte, dem Vorstand angehört. Der Vorstand hat in dem Schiffer-Verein das Bestimmungsrecht, und wenn ja die Mitglieder einmal anders wollen, so will einfach der Vorstand nicht mehr mitmachen.

Vergangenen Sonntag fand die Einweihung der neuen Fahne des Vereins statt, mit den üblichen Zeremonien, Kirchgang, Festzug, Festreden. Nun, Ihr Schiffsarbeiter und Korbmacher, an euch liegt es selbst, diese Harmonieduselei zu brechen, laßt Euch ferner nicht mehr durch Freibier begeistern, sondern seht das Wahre, seht Euch Eure wirtschaftliche Lage an, seht wie das Geld für notleidende Schiffer gesammelt worden ist; hat ein Schiffsarbeiter, welcher durch den trockenen Sommer arbeitslos geworden ist, etwas bekommen? Nichts, aber die notleidenden Eigentümer sollen bis 200 Mk. erhalten haben. Daraus ersieht man, daß Ihr Euch selbst helfen müßt, und das kann nur durch eine kräftige Organisation geschehen.

Bruckdorf. Der hiesige Gemeindevorsteher macht bekannt, daß die Anmeldungen zur Rekrutierungsstammrolle in der Zeit vom 15. Januar bis zum 1. Februar zu erledigen sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050118-13/fragment/page=0007

Aus den Nachbarkreisen.

Das amtliche Wahlresultat

in Calbe-Aschersleben gibt folgende Ziffern an:

Albrecht	19 013	Stimmen,
Blacke	11 785	„
Rahardt	8 147	„
Fleischer	454	„

Die amtlichen Ermittelungen weichen wenig von den vom sozialdemokratischen Wahlkomitee gegebenen Zahlen ab. Dem Gen. Albrecht fehlen an der absoluten Stimmenmehrheit rund 750 Stimmen. Es ist zu hoffen, daß diese Reserven für uns aufgebracht werden, zumal sicherlich nicht alle Wähler, die für Rahardt oder Fleischer stimmten, jetzt Blacke zu ihrem Vertreter sich auserseben.

Zeitz. Volksversammlung. Die am Sonntag in der Wilhelmshöhe stattgefundene Versammlung war sehr stark besucht, der große Saal war bis in die kleinste Ecke vollständig gefüllt. Reichstagsabgeordneter Genosse Ledebour sprach über die politische Lage und den Russenkurs in längerer ausführlicher Weise. Da über die von ihm berührten Punkte schon im Volksblatt des öfteren verhandelt ist, erübrigt es sich, dieselben nochmals anzuführen, das aber soll gesagt werden, daß Ledebour die heutigen Zustände und besonders die Art in Deutschland, Rußland geeignet zu sein, in schärfster Weise tadelte und manches Vorkommnis recht satirisch behandelte. Die Versammlung, die schon während des Vortrags lebhaft angeregt war, brachte am Schluß des Vortrags starken Beifall.

Genosse Leopoldt ersucht danach die Versammelten, diejenigen Lokale zu unterstützen, die für Versammlungen zu haben sind, alle anderen aber zu meiden. Ferner ermahnt Redner zur Agitation für das Volksblatt und zum Beitritt in die Organisationen und die Genossenschaft, den Konsum-Verein. Zum Schluß wurde von der Versammlung ein brausendes Hoch auf die Sozialdemokratie ausgebracht. Nach Schluß der Versammlung wurde dem Genossen Singer, der am 16. Januar seinen 60. Geburtstag feiert, eine Glückwunschkarte übersandt.

Abends fand der Ball des Sozialdemokratischen Vereins statt, der wieder sehr gut besucht war und bei dem sich die Teilnehmer auf das angenehmste amüsierten. Zum Beitritt in den politischen Verein meldeten sich eine ganze Anzahl Genossen.

— Ein Sieg der Arbeiter. Die von uns gemeldeten Differenzen in der Kesselfabrik von Schumann sind zu gunsten der Arbeiter beendet. Am Sonnabend hatten die Arbeiter, die verschiedene Forderungen gestellt hatten, mit dem Chef eine Unterhandlung, bei der erreicht wurden: Die gesetzliche Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Ueberstunden (bisher sehr häufig) sollen nur in allerdringendsten Fällen gemacht werden, dann wird ein Lohnaufschlag gezahlt. Wascheinrichtungen und Räume für die Garderobe werden geschaffen. Außerdem erhält jeder Arbeiter ohne Ausnahme einen Lohnzuschlag von pro Stunde 2 Pf. (die Arbeiter hatten 3 Pf. gefordert). Außerdem versprach der Chef, später den Lohn noch zu erhöhen.

Dieser Erfolg ist nur der Einigkeit der Arbeiter zu verdanken. In der Fabrik arbeiten etwa 50 Mann, die fast alle organisiert sind. Mögen die Arbeiter anderer Fabriken, die an chronischem Lohnabzug leiden, sich daran ein Beispiel nehmen. Hier trifft das Sprichwort zu: Jeder schifft, wie er sich bettet.

— Kleiner Brand. In der Färberei von Burghold in der Badstubenvorstadt gerieten am Montag früh in einer Trockenkammer aufgehängte Kokosfasern in Brand. Durch den Gehilfen wurde der Brand schnell gelöscht, doch erhielt er dabei an den Fingern der linken Hand Brandwunden. Das Feuer kann nur dadurch entstanden sein, daß durch den starken Wind aus dem Ofen eine Flamme herausgeschlagen ist, die die Fasern erfaßte. Der Schaden ist nicht sehr bedeutend.

Weißenfels. In der schwach besuchten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins am vorigen Mittwoch erstattete Genosse Leopoldt Bericht von der Preußenkonferenz. Er verbreitete sich in ausführlicher Weise 1. über den Wohnungsgesetzentwurf, 2. über den Schulgesetzentwurf, 3. über das Kontraktbruch Gesetz für ländliche Arbeiter und 4. über das Landtagswahlrecht. Die Stellungnahme unserer Partei zu diesen wichtigen Fragen wurde als richtig erkannt, um dahin zu wirken, daß die Mißstände auf diesem Gebiete, die Genosse Leopoldt treffend kennzeichnete, beseitigt werden. Nach einer kurzen Diskussion wurde die Versammlung geschlossen.

Bitterfeld. Unfall. Der beim Spediteur G. Liebe hier beschäftigte Geschirrführer Naumann aus Hozwalsig wurde von seinem eigenen beladenen Tornagen überfahren und so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Bedauernswerte hat außer einigen Rippenbrüchen auch eine Quetschung der Lunge erlitten.

Delitzsch. Verhaftet wurde der zuletzt in Paupitzsch bedienstete Kutscher Bonitzky, welcher von einiger Zeit, als er bei Dr. Herold hin Stellung war, sich mehrere Unterschlagungen schuldig machte, sowie nach seiner Entlassung aus dem Zwingergarten des Genannten u. a. ein Fesching in wendete. Er wurde dem Untersuchungs-Gefängnis des Landgerichts in Halle zugeführt.

Eilenburg. Der Leichnam des seit dem 26. Dezember v. J. verschwundenen Fabrikarbeiters Paul Schumann wurde Sonnabend mittag in der Mulde hinter der Deutschen Celluloid-Fabrik aufgefunden.

L. **Nordhausen.** Aufgehobenes Todesurteil. Das hiesige Schwurgericht hat am 9. November v. J. den Buchhalter Georg Curtius wegen Mordes zum Tode verurteilt. Er hat am 4. Februar v. J. in Lutter im Eichsfelde die Witwe Mathilde Günther, zu der er in heftiger Liebe entbrannt war, aus Eifersucht ermordet, indem er sie erdrosselte und ihr den Hals mit seinem Taschenmesser durchschnitt. Seine Behauptung, die Getötete habe das ausdrückliche Verlangen an ihn gerichtet, sie zu töten, fand keinen Glauben; die Geschworenen haben die in bezug hierauf gestellte Frage verneint. Auf die Revision des Angeklagten hob gestern das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Schwurgericht zurück, weil eine kommissarische Zeugenaussage zu unrecht verlesen worden ist. Es handelte sich um eine Zeugin, welche längere Zeit vor der Hauptverhandlung vom Amtsgerichte Heiligenstadt kommissarisch vernommen worden ist, weil sie wegen ihres hochschwangeren Zustandes nicht im stande gewesen sein würde, die Reise nach Nordhausen zu machen. Das Reichsgericht vermißte die Feststellung, daß der Grund für die kommissarische Vernehmung zur Zeit der Hauptverhandlung noch bestand.

Kelbra. (Eig. Ber.) Dem Schutzmann Wilh. Bauersfeld, welcher an der Kirmesfeier im Herbst vor. Js. hier bei seinen Eltern weilte, war in der Büfettstube eines hiesigen Lokals sein Portemonnaie mit 170 Mk. Inhalt abhanden gekommen. Trotz eifrigen Suchens der Polizei konnte der Dieb nicht gefunden werden. Auch war schon alle Hoffnung aufgegeben. Da, jetzt, nach einem Vierteljahre, bekommt B. einen Doppelbrief nach Berlin, mit 30 Pfg. frankiert, aus Kelbra. Als er denselben öffnet, findet er erstaunt seine 170 Mk. in Papiergeld. Ob sich dem Finder jetzt erst das Gewissen gerührt hat, oder ob er sich fürchtete, den 100 Mk.-Schein, welcher dabei war, umzusetzen? Jedenfalls eine drollige Geschichte.

Hettstedt. Einen Ballon der Luftschiffer-Abteilung mit Insassen beobachtete man am vergangenen Sonnabend nachmittag gegen 1/4 4 Uhr. Derselbe war mittag in Berlin aufgestiegen und steuerte über unsere Stadt nach Helbra zu. Durch Windbrehung ist der Ballon in seinem Kurs wieder zurückgeschlagen worden und gegen abend dicht hinter dem Dorfe Arnstedt gelandet. Die Landung geschah auf freiem Felde und ging so glücklich von statten, daß die Besatzung, bestehend aus drei Offizieren, sowie der Ballon nicht den geringsten Schaden nahmen. Somit hat die Fahrt, von etwa 200 Kilometer Entfernung, nur annähernd vier Stunden gedauert. Hilfsbereite Hände halfen die Packung beschleunigen, so daß die Fahrgäste noch am Abend in Sandersleben den Berliner Zug erreichen konnten.

Wittenberg. Arbeiters Ende. Das Tageblatt schreibt: Plötzlich verstorben ist Sonntag abend der Arbeiter Meißner, welcher ohne festen Wohnsitz in Ställen und Scheunen kampierte. Er hatte sich im Blauen Hecht aufgehalten und war nach dem Hofe gegangen, von wo er nicht zurückkam. Als man nach ihm suchte, wurde er tot in einem Stalle gefunden.

Keuschberg. (E. Ber.) Den Schulvätern von Keuschberg-Baldix zur Nachricht, daß die letzte Schulvätervertammlung, in welcher Genosse Holland gegen die Versammlung Protest eingelegt hat, nun jetzt endgültig von der Regierung aufgehoben worden ist. Unterm 9. Januar d. Js. ging dem Genossen Holland folgender Bescheid zu:

Ihre Beschwerde vom 25. Oktober 1904 hat sich dadurch erledigt, daß die Wahl zweier Schulvorstandsmitglieder in den Schulvorstand Keuschberg-Baldix noch einmal seitens der Schulgemeinde vorgenommen werden wird. (Es folgt die Unterschrift des Landrats.)

Es wird demnach eine zweite Schulvätervertammlung in Keuschberg stattfinden; nun ist es Pflicht der hiesigen Arbeiterschaft, in der nächsten Schulvätervertammlung Mann für Mann zu erscheinen, damit auch die Arbeiter eine Vertretung im Schulvorstande haben; es gibt in unserer Schulgemeinde genügend Arbeit, gedenkt an die verschiedenen Maßnahmen der Lehrer wegen des Nichtbesuchs der Kirche am Sonntag. Bis jetzt hat von den Mitgliedern des Schulvorstands nicht ein einziger in dieser Form etwas getan, was seine Pflicht eigentlich wäre. Gemeinschaftlich mit den Schulvätern diese Mißstände zu beseitigen, das hat bisher von den Herren keiner getan. Arbeiter von Keuschberg und Baldix, wählet Männer, die tüchtig sind, zum Wohle eurer Kinder ihre ganze Kraft einzusetzen, um ein gesundes Verhältnis in dieser Richtung zu schaffen. Es sind von der hiesigen Arbeiterschaft die Genossen Konrad Holland, Schuhmacher, und Wilhelm Kunze, beide in Baldix, vorgeschlagen.

Jena. Infolge des Ablesens des Prof. Abbé sind die im Volkshause geplanten Veranstaltungen bis auf weiteres verschoben worden. Die Musikmusik fiele am So nabend nicht. Auf den Stiftungs-Betrieben wie auf den städtischen Gebäuden weht die Trauerflagge. An die Witwe Abbes wie die Firma Zeiß haben die städtischen Behörden Beileidsschreiben gerichtet. Die offizielle Trauerfeier findet heute, Dienstag, im großen Saale des Volkshauses statt. Die Stiftungs-Betriebe bleiben an diesem Tage geschlossen.

Aus dem Reiche.

Berlin. Eine Demonstration der Pückler-Verehrer gab es Sonntag abend vor dem Moabiter Gefängnis, aus dem Graf Pückler entlassen wurde, der dort die ihm wegen Ungebühr vor Gericht auferlegte dreitägige Haftstrafe abgesessen hat. Mehr als 200 Personen hatten sich, zum Teil mit Blumenspenden, vor dem Portal eingefunden, und empfingen den Grafen mit lauten Hoch und Hurrarufen. Vom Brandenten der Pückler-Vereinigung, dem mit verurteilten Buchdruckereibesitzer Mitsching, wurde auf der Straße dem Grafen ein riesiger Lorbeerkranz überreicht, dessen Schleife die Worte zeigt: Dem wackeren Vorkämpfer des Deutschtums, Grafen Pückler! Nachdem in einer Begrüßungsansprache der Graf als Märtyrer der guten Sache gefeiert war, begab sich der ganze Zug in ein nahegelegenes Lokal, wo Graf Pückler eine Rede hielt. Er gelobte daher, gerade jetzt mit verdoppelter Energie seine Ideen ins Volk zu tragen. Bei dem Empfang auf der Straße gab es einen Zwischenfall. Als der Graf gerade seinen Kranz in Empfang genommen hatte, packte ihn ein junger Mann beim Kragen und riefe den Grafen die Lorbeeren zu entreißen. Als Graf Pückler Anhänger auf den Störenfried einschlagen wollten, ergriff er die Flucht. Seine Persönlichkeit konnte nicht festgestellt werden.

Breslau. Die am 4. Januar in der Kohlengrube Marie bei Saarau verschütteten fünf Bergleute sind nun als Leichen geborgen worden. — In der Kleopatra-Grube bei Königshütte wurden zwei Häuer durch plötzliches Zubruchegehen eines Pfeilers verschüttet und getötet.

Beuthen. Ein Klosterbruder als Dieb. Die Strafkammer verurteilte den früheren „barmherzigen Bruder" Robert Neugebauer wegen Einbruchdiebstahls unter Annahme mildernder Umstände zu acht Monaten Gefängnis. Vor fünfen Jahren trat der damals 21jährige Neugebauer in das Boguschützer Kloster zu Zawodzie als barmherziger Bruder ein und wurde dann, nachdem er das Gelübde freiwilliger Armut und beständiger Keuschheit angelegt hatte, als Natural-Einsammler beschäftigt. Seine Gelübde scheinen ihm aber nicht sehr beschwert zu haben, denn er unterhielt nicht nur ein Liebesverhältnis mit einer 17jährigen Schönen, sondern stahl auch, nachdem er dem Kloster bereits sieben Jahre gedient hatte, durch Einbruch den Inhalt der Sammelbüchsen zweier Klosterbrüder aus den Zellen, zusammen 527 Mk. Die Tat kam bald heraus und „Bruder Robert" kam vor Gericht, wo er in vollem Umfange geständig war. Der Staatsanwalt bezeichnete seine Tat als groben Vertrauensbruch und einen Akt niedriger Gesinnung, und beantragte ein Jahr Gefängnis; das Gericht sah aber die Sache milder an und erkannte mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit und das offene Geständnis des Einbrechers nur auf acht Monate.

Koblenz. Eisenbahnunglück. Bei der Einfahrt in den Güterbahnhof Koblenz-Mosel stieß ein Güterzug mit einer aus einer Lokomotive und einem Packwagen bestehenden Abteilung zusammen; der Packwagen war mit einem Schaffner und vier Bremsern besetzt. Der Schaffner wurde getötet, ein Bremser lebensgefährlich, zwei andere leichter verletzt.

Vermischtes.

* **Aus dem Leben des Adels. Das Deutsche Volksblatt** in Porto Allegre (Brasilien) berichtet: Vor einigen Wochen kam ein Landstreicher, der sich als Graf Georg Radziwill, ehemaliger preußischer Sekonde-Leutnant, legitimierte, zu dem Uhrmacher Arthur Laube in Sao Francisco de Paula an und bat um Obdach und Beschäftigung. Dank seinem sympathischen Auftreten fand er auch bei dem Uhrmacher Aufnahme und blieb längere Zeit in dessen Hause. Der Herr Graf lohnte jedoch seinen Wohltäter mit dem schnödesten Undank, indem er des Nachts dessen ganzen Vorrat an Uhren und Goldsachen, sowie eine erhebliche Summe in barem Gelde stahl und mit seiner Beute das Weite suchte. Der Bestohlene nahm mit Hilfe mehrerer Polizeisoldaten die Verfolgung des Diebes auf, der auch am anderen Tage in einem Kleidergeschäfte festgenommen wurde. Gefesselt und mit einem Strick um den Hals wurde Graf Radziwill zu Fuß nach San Francisco de Paula zurückgebracht, wo er seiner Bestrafung entgegensieht.

* **Sparkassen-Panik in Newyork.** Am Mittwoch der letzten Woche herrschte unter den jüdischen Einwohnern von Newyork eine Panik, hervorgerufen durch Zweifel an der Sicherheit der Staatssparkasse. Die Panik ist auf viele Preßangriffe, welche Newyorker Zeitungen gegen die Sparkasse losgelassen hatten, zurückzuführen. Beinahe 10 000 Juden und Jüdinnen versammelten sich vor der Staatssparkasse und verlangten die sofortige Rückzahlung ihrer Einlagen. Es war unmöglich, mehr als einen kleinen Teil der Menge in das Gebäude hereinzulassen, die übrigen wurden von der Polizei vertrieben. Diese Maßregel erweckte den Glauben unter der Menge, daß die Staatssparkasse die Zahlung eingestellt habe. Tausende Juden worfen sich gegen die Tore des Bankgebäudes. Ein Geländer, welches eine in der Nähe tiefer liegende Straße von dem Schauplatze der Panik trennte, brach, und fünfzig Personen, meistens Frauen, wurden drei Meter hinuntergeschleudert. Alle wurden verletzt, einige tödlich und viele schwer. Die Polizisten benutzten die Totschläger, womit sie die Köpfe der heranbrängenden Menge bearbeiteten. Der Auflauf dauerte zwölf Stunden, und die Bank wurde bis spät in die Nacht hinein offengehalten, um alle verlangte Summen auszuzahlen.

* **Die Kälte in Rußland.** In Russisch-Polen und Litauen herrscht strichweise Kälte bis zu 30 Grad Reaumur Schneestürme veranlaßten bis 15stündige Eisenbahnverspätungen. Vor den Toren der Städte wurden viele Landleute erfroren aufgefunden.

Letzte Nachrichten.

Der Krieg in Ostasien.

Tokio, 17. Januar. Marschall Oyama meldet, daß die Russen langsam von Mukden aus vorrücken. Die Gefechtslinien des rechten, russischen Flügels dehnen sich am Ufer des Hun-ho aus.

Der Streik im Ruhrrevier.

Bochum, 17. Januar. Gestern abend fanden in den hiesigen Bezirken überall Belegschafts-Versammlungen statt, in denen die Essener Beschlüsse, betonders der Generalstreik, mit großem Jubel aufgenommen wurden. Dadurch, daß gar nichts bewilligt worden sei, habe das Unternehmertum gezeigt, daß es den Streik wolle. Die Arbeiter beschlossen, so lange zu streiken, bis die Forderungen bewilligt seien.

Berlin, 17. Januar. Wie dem Vorwärts aus Posen von zuverlässiger Seite gemeldet wird, ist in den letzen Tagen in der Provinzpresse die Werbung von Arbeitswilligen durch Agenten der Bergwerksgesellschaften in umfassender Weise betrieben worden. Ein Zug mit polnischen Hilfskräften ist schon Sonnabend nach Posen expediert worden, und soll um 11 Uhr nachts Berlin passiert haben.

Essen, 17. Jan. Wie verlautet, haben die Werke in Mülheim nur noch für wenige Tage Kohlen.

Amsterdam, 17. Jan. Das niederländische Verkaufsbureau des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikats teilt in einem Rundschreiben mit, daß es in einem Lager zu Ruhrort noch ziemlich große Vorräte besitze und einstweilen keinen gänzlichen Stillstand der Ausfuhr erwarte.

Kiel, 17. Jan. Oberleutnant z. S. Kurzhals vom Panzerschiff Prinz Heinrich der wegen tätlicher Beleidigung Untergebener verhaftet worden war, dann aber freigelassen wurde, ist jetzt der psychiatrischen Universitätsklinik zur Beobachtung überwiesen worden.

London, 17. Januar. Die Blätter bringen Einzelheiten über den durch den gestrigen Sturm in ganz England angerichteten Schaden. Während des ganzen Tages war die telephonische Verbindung mit der Provinz unterbrochen. Die Züge in Nordengland und Schottland konnten nur teilweise verkehren wegen der ungeheuren Schneemassen. Aus allen Hafenstädten laufen Meldungen über Schiffsunfälle ein.

Paris, 17. Jan. Aus Smolensk wird berichtet, daß in der Nacht zum 14. ds. von einem Unbekannten gegen den Palast des Gouverneurs eine Bombe geworfen worden sei. Es wurde nur einiger Materialschaden angerichtet.

An die Parteigenossen im Regierungs-Bezirk Merseburg.

In Ausführung eines früher gefaßten Beschlusses hat die unterzeichnete Kommission einen Posten Formulare zum Austritt aus der Landeskirche anfertigen lassen. Dieselben sind unentgeltlich zu beziehen von der Volksbuchhandlung Halle a. S.

Die Zentral-Agitations-Kommission des Reg.-Bez. Merseburg.

Verantwortlicher Redakteur: A. Weißmann in Halle.

In meinem billigen Inventur-

Ausverkauf

kommt jetzt

Normal-Wäsche

jeder Art

zu **extra billigen Preisen**

zum Verkauf.

5% Rabatt auf alle Waren.

M. Schneider,

Halle a. S.,

94 Leipzigerstraße 94.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219050118-13/fragment/page=0008